

Amtsblatt
der Bayerischen Staatsministerien
für Unterricht und Kultus
und Wissenschaft, Forschung und Kunst

Teil I

Nummer 18	Ausgegeben in München am 1. Oktober 2007	Jahrgang 2007
------------------	---	----------------------

I n h a l t

Seite	Seite
-------	-------

I. Rechtsvorschriften	II. Bekanntmachungen der Bayerischen Staatsministerien für Unterricht und Kultus und Wissenschaft, Forschung und Kunst
Gesetz zur Änderung des Bayerischen Gesetzes über das Erziehungs- und Unterrichtswesen 326	Änderung der Amtlichen Leihverkehrsliste über die Zulassung zum Deutschen Leihverkehr 345
Gesetz zur Änderung des Bayerischen Lehrerbildungsgesetzes 329	Bestimmungen zum Vollzug der praktischen Studiensemester an den staatlichen Fachhochschulen in Bayern 345
Verordnung über die Lehrverpflichtung des wissenschaftlichen und künstlerischen Personals an Universitäten, Kunsthochschulen und Fachhochschulen (Lehrverpflichtungsverordnung – LUFV) 330	Stärkung der Eigenverantwortung der Schulen Modellversuch „MODUS 21 Schule in Verantwortung“ 350
Verordnung zur Änderung der Verordnung über die Berufsbezeichnungen der Lehrer an staatlich anerkannten Ersatzschulen 337	Zulassung von Lernmitteln 350
Verordnung zur Änderung der Hochschulgliederungsverordnung 338	III. Bekanntmachungen der Bayerischen Staatsregierung, anderer bayerischer Staatsministerien und sonstiger Stellen —
Dritte Verordnung zur Änderung der Berufsfachschulordnung Fremdsprachenberufe 340	

I. Rechtsvorschriften

2230-1-1-UK

Gesetz zur Änderung des Bayerischen Gesetzes über das Erziehungs- und Unterrichtswesen Vom 24. Juli 2007 (GVBl S. 533)

Der Landtag des Freistaates Bayern hat das folgende Gesetz beschlossen, das hiermit bekannt gemacht wird:

§ 1

Das Bayerische Gesetz über das Erziehungs- und Unterrichtswesen (BayEUG) in der Fassung der Bekanntmachung vom 31. Mai 2000 (GVBl S. 414, ber. S. 632, BayRS 2230-1-1-UK), zuletzt geändert durch Gesetz vom 26. Juli 2006 (GVBl S. 397), wird wie folgt geändert:

1. Die Inhaltsübersicht wird wie folgt geändert:

a) Art. 60 erhält folgende Fassung:

„Art. 60 Förderlehrerinnen bzw. Förderlehrer, Werkmeisterinnen bzw. Werkmeister, Heilpädagogische Förderlehrerinnen bzw. Heilpädagogische Förderlehrer“

b) Art. 94 erhält folgende Fassung:

„Art. 94 Voraussetzungen für die Unterrichtsgenehmigung“

c) In der Überschrift des Vierten Teils wird vor dem Wort „Mittagsbetreuung“ das Wort „Internate,“ eingefügt.

d) In Art. 106 wird nach dem Wort „Heimschulen“ das Wort „, Internatsschulen“ angefügt.

e) In Art. 22 werden die Worte „mobile sonderpädagogische“ durch die Worte „Mobile Sonderpädagogische“ ersetzt.

2. Art. 2 Abs. 3 erhält folgende Fassung:

„(3) ¹Die Schulleiterin oder der Schulleiter, die Lehrkräfte, die Schülerinnen und Schüler und ihre Erziehungsberechtigten (Schulgemeinschaft) arbeiten vertrauensvoll zusammen. ²Die Schulgemeinschaft ist bestrebt, im Rahmen der gestärkten Eigenverantwortung der Schule das Lernklima und das Schulleben positiv und transparent zu gestalten und Meinungsverschiedenheiten im Rahmen der in der Schulgemeinschaft Verantwortlichen zu lösen.“

3. Art. 3 Abs. 3 wird aufgehoben.

4. In Art. 7 Abs. 3 Satz 3 werden vor den Worten „der Schulleiter“ die Worte „die Schulleiterin bzw.“ eingefügt.

5. In Art. 9 Abs. 4 Satz 1 wird der Klammerzusatz „(Kollegstufe)“ gestrichen.

5a. In Art. 19 Abs. 2 Nr. 3 Buchst. a werden die Worte „mobile sonderpädagogische“ durch die Worte „Mobile Sonderpädagogische“ ersetzt.

5b. Art. 20 wird wie folgt geändert:

a) In Abs. 1 Nr. 7 werden die Worte „soziale und emotionale“ durch die Worte „emotionale und soziale“ ersetzt.

b) In Abs. 2 Satz 3 Halbsatz 2 werden die Worte „soziale und emotionale“ durch die Worte „emotionale und soziale“ ersetzt.

c) In Abs. 4 Satz 1 Nr. 1 Buchst. c wird jeweils das Wort „Werkstufe“ durch das Wort „Berufsschulstufe“ ersetzt.

6. Art. 22 wird wie folgt geändert:

a) In der Überschrift werden die Worte „mobile sonderpädagogische“ durch die Worte „Mobile Sonderpädagogische“ ersetzt.

b) In Abs. 2 Satz 1 werden die Worte „mobile sonderpädagogische“ durch die Worte „Mobile Sonderpädagogische“ ersetzt.

6a. Art. 24 Nr. 5 wird wie folgt geändert:

a) In Halbsatz 1 werden die Worte „mobilen sonderpädagogischen“ durch die Worte „Mobilen Sonderpädagogischen“ ersetzt.

b) In Halbsatz 2 werden die Worte „mobile sonderpädagogische“ durch die Worte „Mobile Sonderpädagogische“ ersetzt.

7. In Art. 27 Abs. 4 Satz 1 werden vor dem Wort „Schulleiter“ die Worte „Schulleiterinnen bzw.“ eingefügt.

7a. Dem Art. 29 wird folgender Satz 4 angefügt:

„⁴Schülerinnen und Schülern an Förderschulen, die nach einem Lehrplan unterrichtet werden, der dem Anforderungsniveau des Lehrplans der jeweiligen allgemeinen Schule entspricht, können in den letzten beiden Schuljahren Zeugnisse mit einer abweichenden Schulbezeichnung erhalten; das Nähere regeln die Schulordnungen.“

8. Art. 32 wird wie folgt geändert:

- a) Abs. 2 Satz 2 erhält folgende Fassung:
- „²An Grundschulen können Jahrgangsklassen gebildet oder zwei Jahrgangsstufen in einer Klasse zusammengefasst werden.“
- b) Abs. 3 wird wie folgt geändert:
- aa) Die Satzbezeichnung „1“ entfällt.
- bb) Sätze 2 und 3 werden aufgehoben.
- c) Abs. 5 Satz 2 erhält folgende Fassung:
- „²Eine Volksschule, die eine Grundschule und eine Hauptschule umfasst, kann für die beiden Teilschulen verschieden große Sprengel haben.“
9. Art. 33 Abs. 3 Satz 1 wird wie folgt geändert:
- a) In Nr. 1 werden die Worte „mit (Teil-) Hauptschulstufe II“ durch die Worte „mit den Jahrgangsstufen 7 bis 9, soweit Mittlere-Reife-Klassen in der Jahrgangsstufe 10 angeboten werden, auch die Jahrgangsstufe 10,“ ersetzt.
- b) In Nr. 2 werden die Worte „soziale und emotionale“ durch die Worte „emotionale und soziale“ ersetzt.
10. In Art. 34 Abs. 2 Satz 1 werden das Wort „Schulaufsichtsbehörde“ durch das Wort „Regierung“ und das Wort „Bekanntmachung“ durch das Wort „Rechtsverordnung“ ersetzt.
- 10a. In Art. 41 Abs. 6 Satz 4 wird das Wort „Werkstufe“ durch das Wort „Berufsschulstufe“ ersetzt.
11. In der Überschrift des Art. 45 wird das Wort „Studentafel“ durch das Wort „Studententafeln“ ersetzt.
12. Art. 53 Abs. 4 wird wie folgt geändert:
- a) In Satz 2 werden vor den Worten „der Klassenleiter“ die Worte „die Klassenleiterin bzw.“ eingefügt.
- b) In Satz 3 werden vor den Worten „der Schulleiter“ die Worte „die Schulleiterin bzw.“ und vor dem Wort „ihm“ die Worte „ihr bzw.“ eingefügt.
13. In Art. 54 Abs. 2 werden die Worte „Vorsitzender der Schulleiter ist“ durch die Worte „Vorsitz die Schulleiterin bzw. der Schulleiter inne hat“ ersetzt.
14. In Art. 56 Abs. 2 Nr. 5 werden vor den Worten „den Schulleiter“ die Worte „die Schulleiterin bzw.“ eingefügt.
15. Art. 60 wird wie folgt geändert:
- a) Die Überschrift erhält folgende Fassung:
- „Förderlehrerinnen bzw. Förderlehrer, Werkmeisterinnen bzw. Werkmeister, Heilpädagogische Förderlehrerinnen bzw. Heilpädagogische Förderlehrer“
- b) In Abs. 2 Satz 1 werden vor dem Wort „Werkmeister“ die Worte „Werkmeisterinnen bzw.“ eingefügt.
16. Art. 62 Abs. 6 wird wie folgt geändert:
- a) In Satz 1 Halbsatz 2 werden vor dem Wort „Förderlehrer“ die Worte „Förderlehrerinnen bzw.“ eingefügt.
- b) In Satz 3 werden vor dem Wort „Schulleiter“ die Worte „Schulleiterin bzw.“ eingefügt.
17. Art. 63 wird wie folgt geändert:
- a) In Abs. 5 Halbsatz 2 wird das Wort „seine“ durch das Wort „die“ ersetzt.
- b) Abs. 6 wird aufgehoben.
18. Art. 66 wird wie folgt geändert:
- a) Abs. 1 wird wie folgt geändert:
- aa) Der bisherige Wortlaut wird Satz 1.
- bb) Es werden folgende Sätze 2 und 3 angefügt:
- „²Der Elternbeirat kann durch Beschluss weitere Mitglieder, die die Wählbarkeitsvoraussetzungen erfüllen, mit beratender Funktion hinzuziehen; die Anzahl der hinzugezogenen Mitglieder darf nicht mehr als ein Drittel der gewählten Mitglieder betragen. ³Der Elternbeirat ist berechtigt, sich eine Geschäftsordnung zu geben.“
- b) Abs. 3 wird wie folgt geändert:
- aa) In Satz 1 werden vor den Worten „der Leiter“ die Worte „die Leiterin bzw.“, vor dem Wort „er“ die Worte „sie bzw.“, vor dem Wort „Schulleiter“ die Worte „Schulleiterin bzw.“ und vor dem Wort „Förderlehrer“ die Worte „Förderlehrerin bzw.“ eingefügt.
- bb) In Satz 3 werden vor dem Wort „Leiter“ die Worte „Leiterinnen bzw.“ eingefügt.
19. In Art. 68 Satz 1 Halbsatz 2 werden die Worte „eine Geschäfts- und“ gestrichen.
20. Art. 69 Abs. 4 Satz 6 erhält folgende Fassung:
- „⁶Im Fall des Art. 63 Abs. 4 Satz 3 ist das Schulforum unverzüglich einzuberufen.“
21. In Art. 73 Abs. 2 Satz 2 Nr. 2 Buchst. c werden die Worte „Abs. 4“ durch die Worte „Abs. 6“ ersetzt.
22. Art. 84 Abs. 3 wird wie folgt geändert:
- a) In Satz 2 werden vor den Worten „der Schulleiter“ die Worte „die Schulleiterin bzw.“ eingefügt.

- b) In Satz 3 wird das Wort „Der“ durch die Worte „Die bzw. der“ ersetzt.
23. Art. 86 wird wie folgt geändert:
- a) In Abs. 2 Satz 1 Nrn. 2 bis 5 werden jeweils vor den Worten „den Schulleiter“ die Worte „die Schulleiterin bzw.“ eingefügt.
- b) In Abs. 4 Satz 1 werden nach dem Wort „Berufsschulen“ die Worte „und in Berufsschulen zur sonderpädagogischen Förderung“ eingefügt.
- c) In Abs. 9 Satz 4 wird die Zahl „1“ durch die Zahl „2“ sowie die Zahl „2“ durch die Zahl „3“ ersetzt.
- d) In Abs. 10 Satz 1 werden die Worte „Absatz 2 Nrn. 6, 7 und 8“ durch die Worte „Abs. 2 Nrn. 6, 6a, 7 und 8“ ersetzt.
- e) In Abs. 11 Satz 1 Halbsatz 2 wird das Wort „seinen“ durch das Wort „ihren“ ersetzt.
24. Art. 94 wird wie folgt geändert:
- a) Die Überschrift erhält folgende Fassung:
- „Voraussetzungen für die Unterrichtsgenehmigung“
- b) Abs. 1 wird wie folgt geändert:
- aa) Der bisherige Wortlaut wird Satz 1.
- bb) Es wird folgender Satz 2 angefügt:
- „²Die Anforderungen an die persönliche Eignung der Lehrkraft sind erfüllt, wenn in der Person der Lehrkraft keine schwerwiegenden Tatsachen vorliegen, die einer unterrichtlichen oder erzieherischen Tätigkeit (Art. 59 Abs. 1 Satz 1) entgegenstehen.“
- c) In Abs. 2 werden die Worte „diesen Nachweis“ durch die Worte „den Nachweis gemäß Abs. 1 Satz 1“ ersetzt.
25. In Art. 95 werden jeweils vor dem Wort „Schulleiter“ die Worte „Schulleiterinnen und“ und jeweils vor dem Wort „Erziehern“ die Worte „Erzieherinnen und“ eingefügt.
26. In Art. 97 Abs. 2 Satz 1 wird das Wort „hauptberuflich“ durch die Worte „mit mindestens der Hälfte der Unterrichtspflichtzeit“ ersetzt.
27. In der Überschrift des Vierten Teils wird vor dem Wort „Mittagsbetreuung“ das Wort „Internate,“ eingefügt.
28. Art. 106 wird wie folgt geändert:
- a) Der Überschrift wird das Wort „, Internatsschulen“ angefügt.
- b) Dem Abs. 1 wird folgender Satz 3 angefügt:
- „³Heimschulen können sich auch als Internate oder Internatsschulen bezeichnen.“
29. In Art. 116 Abs. 1 werden vor dem Wort „einen“ die Worte „eine geeignete hauptamtlich tätige, fachlich vorgebildete Sachbearbeiterin bzw.“ eingefügt.
30. Art. 119 Abs. 1 wird wie folgt geändert:
- a) In Nr. 8 werden die Worte „Art. 100 Abs. 3“ durch die Worte „Art. 97 Abs. 2“ ersetzt.
- b) In Nr. 9 werden vor dem Wort „Schulleiter“ die Worte „Schulleiterin oder“ eingefügt.
31. In Art. 128 Abs. 4 werden vor dem Wort „Schulleiter“ die Worte „Schulleiterin bzw.“ und vor den Worten „stellvertretender Schulleiter“ die Worte „stellvertretende Schulleiterin bzw.“ eingefügt.

§ 2

(1) Dieses Gesetz tritt am 1. August 2007 in Kraft.

(2) Art. 9 Abs. 4 BayEUG gilt im Schuljahr 2007/2008 für die Jahrgangsstufen 10 bis 13, im Schuljahr 2008/2009 für die Jahrgangsstufen 11 bis 13, im Schuljahr 2009/2010 für die Jahrgangsstufen 12 und 13 und im Schuljahr 2010/2011 für die Jahrgangsstufe 13 gemäß § 2 Abs. 2 des Gesetzes zur Änderung des Bayerischen Gesetzes über das Erziehungs- und Unterrichtswesen vom 26. Juli 2004 (GVBl S. 282) in der dort bezeichneten Fassung weiter.

(3) Eine Teilhauptschule, die bei Inkrafttreten dieses Gesetzes noch besteht, kann übergangsweise noch fortbestehen bis zu dem in der Verordnung gemäß Art. 26 in Verbindung mit Art. 32 Abs. 5 Satz 1 BayEUG bestimmten Termin.

München, den 24. Juli 2007

Der Bayerische Ministerpräsident

Dr. Edmund Stoiber

2238-1-UK

**Gesetz
zur Änderung des
Bayerischen Lehrerbildungsgesetzes
Vom 24. Juli 2007 (GVBl S. 536)**

Der Landtag des Freistaates Bayern hat das folgende Gesetz beschlossen, das hiermit bekannt gemacht wird:

§ 1

Das Bayerische Lehrerbildungsgesetz (BayLBG) in der Fassung der Bekanntmachung vom 12. Dezember 1995 (GVBl 1996 S. 16, ber. S. 40, BayRS 2238-1-UK), zuletzt geändert durch Gesetz vom 26. Juli 2006 (GVBl S. 401), wird wie folgt geändert:

1. Art. 6 Abs. 1 Satz 5 erhält folgende Fassung:

„⁵Der Ersten Lehramtsprüfung für berufliche Schulen entspricht auch eine im Geltungsbereich dieses Gesetzes abgelegte Diplom- oder Masterprüfung für Berufs- oder Wirtschaftspädagogen, wenn sie den Anforderungen des Lehramts genügt und daneben ein mindestens einjähriges einschlägiges berufliches Praktikum oder eine abgeschlossene einschlägige Berufsausbildung nachgewiesen wird; die Studien- und Prüfungsordnungen sind im Einvernehmen mit dem Staatsministerium für Unterricht und Kultus zu erlassen.“

2. In Art. 19a wird der bisherige Text Satz 1 und folgender Satz 2 angefügt:

„²Mit Genehmigung des Staatsministeriums für Unterricht und Kultus kann ferner für das Lehramt an beruflichen Schulen abweichend von der in Art. 4 Abs. 1 Satz 1 getroffenen Regelung auch ein integriertes Studium von Universitäten und Fachhochschulen als Modellversuch erprobt werden; die Absolventen des integrierten Studiengangs haben abweichend von Art. 26 Abs. 1 Nr. 1 BayBG Zugang zur Laufbahn des höheren Dienstes.“

§ 2

Dieses Gesetz tritt am 1. August 2007 in Kraft.

München, den 24. Juli 2007

Der Bayerische Ministerpräsident

Dr. Edmund Stoiber

2030-2-21-WFK

**Verordnung
über die Lehrverpflichtung
des wissenschaftlichen und künstlerischen Personals
an Universitäten, Kunsthochschulen und Fachhochschulen
(Lehrverpflichtungsverordnung – LUFV)**

Vom 14. Februar 2007 (GVBl S. 201)

Auf Grund von Art. 5 Abs. 2 Satz 1 und Art. 42 Satz 1 des Gesetzes über die Rechtsverhältnisse der Hochschullehrer und Hochschullehrerinnen sowie des weiteren wissenschaftlichen und künstlerischen Personals an den Hochschulen (Bayerisches Hochschulpersonalgesetz – BayHSchPG) vom 23. Mai 2006 (GVBl S. 230, BayRS 2030-1-2-WFK) erlässt das Bayerische Staatsministerium für Wissenschaft, Forschung und Kunst im Einvernehmen mit dem Bayerischen Staatsministerium der Finanzen folgende Verordnung:

§ 1

Geltungsbereich

Lehrpersonen im Sinn dieser Verordnung sind alle an staatlichen Universitäten, Universitätsklinika, Kunsthochschulen und Fachhochschulen wissenschaftlich oder künstlerisch Tätigen, die im Dienst des Freistaates Bayern stehen und im Rahmen ihres Dienstverhältnisses zur Lehre verpflichtet sind oder verpflichtet werden können (Art. 5 Abs. 1 BayHSchPG).

Erster Abschnitt

Gemeinsame Vorschriften

§ 2

Lehrverpflichtung

(1) ¹Die Lehrverpflichtung einer Lehrperson wird im Rahmen des Dienstrechts festgesetzt. ²Der Umfang der Lehrverpflichtung wird in Lehrveranstaltungsstunden ausgedrückt. ³Eine Lehrveranstaltungsstunde umfasst mindestens 45 Minuten Lehrzeit pro Woche der Vorlesungszeit des Semesters. ⁴Eine Lehrveranstaltungsstunde im künstlerischen Einzel- und Gruppenunterricht der Hochschulen für Musik umfasst 60 Minuten Lehrzeit pro Woche der Vorlesungszeit des Semesters. ⁵Eine Lehrveranstaltungsstunde im künstlerischen Unterricht der Akademien der Bildenden Künste und der Hochschule für Fernsehen und Film umfasst 60 Minuten Lehrzeit pro Woche der Vorlesungszeit des Semesters.

(2) ¹Die Lehrtätigkeit einer Lehrperson braucht den Umfang der individuellen Lehrverpflichtung nicht zu erreichen, wenn der Lehrbedarf im jeweiligen Fach dies insbesondere wegen des Überschusses der Lehrkapazität zulässt; die Lehrperson hat die Verringerung ihrer Lehrtätigkeit der Fakultät, an Kunsthochschulen der Hochschulleitung, anzuzeigen. ²In den Fällen

des Satzes 1 ist die Lehrtätigkeit, soweit möglich und zumutbar, in verwandten Fachgebieten zu erbringen. ³Innerhalb eines Fachs sind Lehrveranstaltungen vorrangig von Professoren und Professorinnen anzubieten.

(3) ¹Zur Berücksichtigung eines wechselnden Lehrbedarfs in einem Fach kann die Fakultät, an Kunsthochschulen die Hochschulleitung, den Umfang der Lehrtätigkeit der Lehrperson so festlegen, dass bei Abweichung von der Lehrverpflichtung in den einzelnen Semestern diese im Durchschnitt von zwei aufeinander folgenden Studienjahren erfüllt wird; dies gilt auch, wenn während des Semesters Umstände eintreten, die zu einem wechselnden Lehrbedarf führen. ²Satz 1 gilt entsprechend, wenn dies im Einzelfall zur Sicherstellung des Lehrangebots erforderlich ist. ³Die Lehrtätigkeit darf hierbei die Hälfte der jeweiligen Lehrverpflichtung nicht unterschreiten.

(4) ¹Unter der Voraussetzung, dass das nach Prüfungsordnungen, Studienordnungen oder Studienplänen für das jeweilige Semester vorgesehene Gesamtlehrangebot in einem Fach erfüllt wird, können die Lehrpersonen, wenn dienstliche Gründe nicht entgegenstehen, ihre Lehrverpflichtung mit vorheriger Zustimmung des Dekans oder der Dekanin, an Kunsthochschulen der Hochschulleitung, auch dadurch erfüllen, dass sie ihre individuelle Lehrverpflichtung vorübergehend überschreiten oder unterschreiten und einen Ausgleich zu einem späteren Zeitpunkt herbeiführen. ²Unterschreitungen sind insgesamt bis zur Hälfte, Überschreitungen insgesamt bis zum Doppelten der individuellen Lehrverpflichtung zulässig. ³Der Ausgleich von Unterschreitungen ist innerhalb der folgenden zwei Studienjahre, spätestens jedoch bis zur Beendigung des Dienstverhältnisses herbeizuführen; Überschreitungen verfallen, soweit ihr Gesamtbetrag das Doppelte der individuellen Lehrverpflichtung übersteigt oder soweit sie nicht bis zur Beendigung des Dienstverhältnisses ausgeglichen werden. ⁴Zur Berücksichtigung eines erhöhten Lehrbedarfs in einem Fach kann die Fakultät, an Kunsthochschulen die Hochschulleitung, Lehrpersonen den Ausgleich von Unterschreitungen anordnen.

(5) Soweit Lehrpersonen Lehrveranstaltungen nicht aus eigenem Recht ankündigen können, sondern eines besonderen Auftrags bedürfen (Art. 5 Abs. 1 Satz 2 BayHSchPG), ist die Hochschule für einen Einsatz in der Lehre verantwortlich.

(6) ¹Die Übertragung von Dienstaufgaben außerhalb der Lehre im Rahmen der allgemeinen wöchentlichen Arbeitszeit hat den für Vor- und Nachbereitung der Lehrveranstaltungen erforderlichen Aufwand

angemessen zu berücksichtigen. ²Außerhalb der Vorlesungszeit können zusätzliche Lehraufgaben an Stelle anderer Aufgaben übertragen werden.

(7) ¹An den Akademien der Bildenden Künste wird bei Lehrpersonen von der Erfüllung der Lehrverpflichtung ausgegangen, wenn diese als Klassenleiter eine Klasse mit mindestens 17 Studierenden für die Dauer der Vorlesungszeit des Semesters betreuen. ²Lehrpersonen, die Einzelunterricht an den Hochschulen für Musik erteilen, haben über die Erfüllung der Lehrverpflichtung Einzelnachweise zu erbringen. ³Die Möglichkeit, auch von anderen Lehrpersonen an Kunsthochschulen Einzelnachweise zu verlangen, bleibt unberührt.

§ 3

Arten und Anrechnung von Lehrveranstaltungen

(1) ¹Nach Prüfungsordnungen, Studienordnungen oder Studienplänen nicht vorgesehene Lehrveranstaltungen werden berücksichtigt, wenn alle nach diesen Vorschriften vorgesehenen Lehrveranstaltungen eines Fachs durch hauptberuflich oder nebenberuflich an der Hochschule tätige Lehrpersonen angeboten werden; im Hauptamt erbrachte besondere Lehrangebote für Nachwuchswissenschaftler in Graduiertenkollegs und vergleichbaren Einrichtungen sind allgemein auf die Lehrverpflichtung anrechenbar. ²Die Anzahl der nach Satz 1 zu berücksichtigenden Lehrveranstaltungsstunden ist der Fakultät, an Kunsthochschulen der Hochschulleitung, anzuzeigen.

(2) ¹Vorlesungen, Übungen, Seminare, sowie an Fachhochschulen auch Praktika und seminaristischer Unterricht werden auf die Lehrverpflichtung voll, Kolloquien und Repetitorien zu sieben Zehnteln angerechnet. ²Exkursionen werden zu drei Zehnteln auf die Lehrverpflichtung angerechnet; je Tag werden höchstens acht Zeitstunden an Lehre zugrunde gelegt. ³Andere Lehrveranstaltungsarten werden zur Hälfte auf die Lehrverpflichtung angerechnet. ⁴Soweit nach Art der Lehrveranstaltung eine ständige Betreuung der Studierenden nicht erforderlich ist, wird die Lehrveranstaltung abweichend von den Sätzen 1 und 3 zu drei Zehnteln auf die Lehrverpflichtung angerechnet.

(3) ¹Praktika in Einrichtungen außerhalb der Hochschulen und die damit verbundenen Betreuungstätigkeiten sind nicht Lehrveranstaltungen im Sinn der Abs. 1 und 2; dies gilt nicht für praktikumsbegleitende Lehrveranstaltungen und für Praktika an Fachhochschulen, die in Räumen von Unternehmen stattfinden. ²Die fachliche Betreuung der Studierenden an der Ausbildungsstelle während der praktischen Studiensemester in Fachhochschulstudiengängen durch Lehrpersonen wird bis zur Hälfte des Zeitaufwands unter Umrechnung gemäß Abs. 6 Satz 2 auf die Lehrverpflichtung angerechnet.

(4) Die Lehrveranstaltungen künstlerischen Inhalts an den Akademien der Bildenden Künste, die im Regelfall als Unterricht in einer Klasse oder als sonstiger Einzel- oder Gruppenunterricht stattfinden, werden auf die Lehrverpflichtung voll angerechnet.

(5) Die Lehrveranstaltungen künstlerischen Inhalts an den Hochschulen für Musik, die im Regelfall als Einzelunterricht oder Unterricht in kleineren Grup-

pen stattfinden, werden auf die Lehrverpflichtung voll angerechnet.

(6) ¹Lehrveranstaltungen, die nicht in Wochenstunden je Semester ausgedrückt werden oder sich nicht auf alle Wochen der Vorlesungszeit des Semesters erstrecken, sind in Lehrveranstaltungsstunden umzurechnen; hierzu ist die Summe der einzelnen Unterrichtsstunden durch die Zahl der Wochen der Vorlesungszeit des Semesters zu teilen. ²Zur Umrechnung von Exkursionen und entsprechend organisierten Lehrveranstaltungen in Lehrveranstaltungsstunden ist die Summe der Zeitstunden durch die Zahl der Wochen der Vorlesungszeit des Semesters zu teilen.

(7) ¹Lehrveranstaltungen, an denen zwei oder mehr Lehrpersonen beteiligt sind, werden den einzelnen an der Durchführung der Lehrveranstaltung Beteiligten entsprechend dem Maß ihrer jeweiligen Lehrbeteiligung anteilig, insgesamt nur einmal angerechnet. ²Soweit eine Lehrveranstaltung fachübergreifend durchgeführt wird, darf sie bei den beteiligten Lehrpersonen insgesamt höchstens zweifach angerechnet werden.

(8) ¹Betreuungstätigkeiten für Diplom-, Bachelor- und andere Studienabschlussarbeiten sowie vergleichbare Studienarbeiten (Abschlussarbeiten) können nur einmal je Studierenden unter Berücksichtigung des notwendigen Aufwands, insgesamt aber an Universitäten und Kunsthochschulen nur bis zu einem Umfang von zwei und an Fachhochschulen bis zu einem Umfang von drei Lehrveranstaltungsstunden angerechnet werden. ²Dabei kann der Betreuungsaufwand für die einzelne Abschlussarbeit höchstens mit folgendem Bruchteil einer Lehrveranstaltungsstunde auf die Lehrverpflichtung angerechnet werden:

1. universitäre Studiengänge:

a) Diplom- oder Masterarbeit in Naturwissenschaften	0,60,
b) Diplom- oder Masterarbeit in Ingenieurwissenschaften	0,45,
c) Studienarbeit in Bauingenieurwesen, Elektrotechnik und Maschinenbau	0,45,
d) studienbegleitende wissenschaftliche Arbeit in Rechtswissenschaft nach § 40 Abs. 1 Satz 1 Nr. 1 JAPO	0,05,
e) Lehrveranstaltungsblock „Entwerfen in Architektur“	0,90,
f) Diplom-, Magister- oder Masterarbeit in Geisteswissenschaften	0,10,
g) Bachelorarbeit in Naturwissenschaften	0,20,
h) Bachelorarbeit in Ingenieurwissenschaften	0,15,
i) Bachelorarbeit in Geisteswissenschaften	0,05,
j) Staatsexamensarbeit bei Lehramtsstudiengängen in Naturwissenschaften	0,20,
k) Staatsexamensarbeit bei Lehramtsstudiengängen in Geisteswissenschaften	0,05;

- | | | | |
|--|-------|--|--------------------------------------|
| 2. Fachhochschulstudiengänge: | | 7. Lehrkräfte für besondere Aufgaben (Beamte in der Laufbahn des Akademischen Rats oder der Akademischen Rätin und vergleichbare Beamte des höheren Dienstes), je nach dem Umfang der sonstigen Dienstaufgaben | 13 bis 18 Lehrveranstaltungsstunden, |
| a) Diplom- oder Masterarbeit | 0,40, | | |
| b) Bachelorarbeit | 0,20; | | |
| 3. Kunsthochschulstudiengänge: | | 8. Angestellte | |
| a) Diplom- oder Masterarbeit | 0,10, | a) Bei Angestellten richtet sich die Lehrverpflichtung nach der jeweiligen Ausgestaltung ihres Dienstverhältnisses. | |
| b) Bachelorarbeit | 0,05, | b) Nehmen Angestellte auf Grund vertraglicher Vereinbarung die Dienstaufgaben einer der in Nrn. 1 bis 7 genannten Lehrpersonen wahr, haben sie die für diese Lehrperson jeweils festgelegte Lehrverpflichtung zu erfüllen. Eine geringere Lehrverpflichtung darf nicht vereinbart werden. | |
| c) Staatsexamensarbeit bei Lehramtsstudiengängen | 0,05. | c) Bei wissenschaftlichen Mitarbeitern und Mitarbeiterinnen in befristeten Angestelltenverhältnissen ist die Lehrverpflichtung auf 5 Lehrveranstaltungsstunden festzusetzen; in befristeten Angestelltenverhältnissen nach Art. 22 Abs. 2 BayHSchPG kann die Lehrverpflichtung in besonderen Fällen auf bis zu 2 Lehrveranstaltungsstunden reduziert werden. Wenn ausdrücklich Aufgaben nach Nr. 6 im Rahmen eines befristeten Programms oder bis zur endgültigen Besetzung einer Stelle übertragen werden, ist die Lehrverpflichtung auf grundsätzlich 10 Lehrveranstaltungsstunden festzusetzen. | |
- (9) ¹Die Erstellung und Betreuung von Multimedia-Angeboten kann in einem dem Zeitaufwand entsprechenden Umfang auf die Lehrverpflichtung angerechnet werden, jedoch höchstens bis 25 v.H. der festgelegten Lehrverpflichtung. ²Eine Lehrveranstaltungsstunde (Anrechnungsfaktor 1) entspricht drei Arbeitsstunden.

Zweiter Abschnitt

Umfang der Lehrverpflichtung

§ 4

Lehrverpflichtung an Universitäten

(1) An Universitäten (Art. 1 Abs. 2 Satz 1 Nr. 1 des Bayerischen Hochschulgesetzes – BayHSchG) haben die Lehrpersonen folgende Lehrverpflichtung (§ 2 Abs. 1):

- | | |
|---|--------------------------------------|
| 1. Professoren und Professorinnen | 9 Lehrveranstaltungsstunden, |
| 2. Professoren und Professorinnen im Rahmen einer Lehrprofessur (Art. 9 Abs. 1 Satz 3 BayHSchPG) | 12 bis 16 Lehrveranstaltungsstunden, |
| 3. Juniorprofessoren und Juniorprofessorinnen | |
| a) in der ersten Phase (Art. 15 Abs. 1 Satz 1 BayHSchPG) | 5 Lehrveranstaltungsstunden, |
| b) in der zweiten Phase (Art. 15 Abs. 1 Sätze 2 bis 4 BayHSchPG) | 7 Lehrveranstaltungsstunden, |
| 4. Akademische Oberräte und Oberrätinnen im Beamtenverhältnis auf Zeit (Art. 22 Abs. 3 BayHSchPG) | 7 Lehrveranstaltungsstunden, |
| 5. Akademische Räte und Rätinnen im Beamtenverhältnis auf Zeit (Art. 22 Abs. 3 BayHSchPG) | 5 Lehrveranstaltungsstunden, |
| 6. Wissenschaftliche Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen im Beamtenverhältnis (Art. 19 ff. BayHSchPG), soweit ihnen Lehraufgaben übertragen werden, eine Lehrverpflichtung von höchstens | 10 Lehrveranstaltungsstunden, |

- d) Werden mehrere Angestellte zu Lasten einer Planstelle für unter Nrn. 1 bis 7 genannte Lehrpersonen beschäftigt, haben sie zusammen die mit dieser Stelle verbundene Lehrverpflichtung zu erbringen; das Gleiche gilt für nicht im Umfang der regelmäßigen Arbeitszeit beschäftigte Angestellte, die zu Lasten einer Planstelle für unter Nrn. 1 bis 7 genannte Lehrpersonen beschäftigt werden. Buchst. b Satz 2 gilt entsprechend.

(2) ¹In der Vorlesungszeit haben Professoren und Professorinnen sowie Juniorprofessoren und Juniorprofessorinnen ihr Lehrangebot unter Berücksichtigung der curricularen Notwendigkeiten bei voller Lehrverpflichtung grundsätzlich an mehr als zwei Tagen in der Woche zu erbringen. ²Die zur Verfügung stehenden Vorlesungstage sollen ausgeschöpft werden. ³Ausnahmen von Satz 1 dürfen durch den Dekan oder die Dekanin nur bei Vorliegen wichtiger Gründe erteilt werden.

§ 5

Lehrverpflichtung an Fachhochschulen

(1) An Fachhochschulen (Art. 1 Abs. 2 Satz 1 Nr. 3 BayHSchG) haben die Lehrpersonen folgende Lehrverpflichtung (§ 2 Abs. 1):

- | | |
|-----------------------------------|-------------------------------|
| 1. Professoren und Professorinnen | 19 Lehrveranstaltungsstunden, |
| 2. Lehrkräfte für besondere Auf- | 20 Lehrveranstaltungs- |

gaben, soweit diese dem höheren Dienst angehören	staltungsstunden,	(künstlerisch-praktischen/künstlerisch-theoretischen) Fächern	stunden,
3. Lehrkräfte für besondere Aufgaben, soweit diese dem gehobenen Dienst angehören	24 Lehrveranstaltungsstunden,	2. Professoren und Professorinnen mit Lehrtätigkeit in künstlerischen (künstlerisch-praktischen/künstlerisch-theoretischen) Fächern, im Rahmen einer Lehrprofessur (Art. 9 Abs. 1 Satz 3 BayHSchPG)	bis 23 Lehrveranstaltungsstunden,
4. Angestellte			
a) Bei Angestellten richtet sich die Lehrverpflichtung nach der jeweiligen Ausgestaltung ihres Dienstverhältnisses.		3. Professoren und Professorinnen in den wissenschaftlichen Fächern	13 Lehrveranstaltungsstunden,
b) Nehmen Angestellte auf Grund vertraglicher Vereinbarung die Dienstaufgaben einer der in Nrn. 1 und 2 genannten Lehrpersonen wahr, haben sie die für diese Lehrperson jeweils festgelegte Lehrverpflichtung zu erfüllen. Eine geringere Lehrverpflichtung darf nicht vereinbart werden.		4. Professoren und Professorinnen in den wissenschaftlichen Fächern, im Rahmen einer Lehrprofessur (Art. 9 Abs. 1 Satz 3 BayHSchPG)	bis 17 Lehrveranstaltungsstunden,
c) Werden mehrere Angestellte zu Lasten einer Planstelle für unter Nrn. 1 und 2 genannte Lehrpersonen beschäftigt, haben sie zusammen die mit dieser Stelle verbundene Lehrverpflichtung zu erbringen; das Gleiche gilt für nicht im Umfang der regelmäßigen Arbeitszeit beschäftigte Angestellte, die zu Lasten einer Planstelle für unter Nrn. 1 und 2 genannte Lehrpersonen beschäftigt werden. Buchst. b Satz 2 gilt entsprechend.		5. Juniorprofessoren und Juniorprofessorinnen in wissenschaftlichen Fächern	
		a) in der ersten Phase (Art. 15 Abs. 1 Satz 1 BayHSchPG)	7 Lehrveranstaltungsstunden,
		b) in der zweiten Phase (Art. 15 Abs. 1 Sätze 2 bis 4 BayHSchPG)	9 Lehrveranstaltungsstunden,
		6. für Lehrkräfte für besondere Aufgaben in der Laufbahn des Akademischen Rats und der Akademischen Rätin	22 Lehrveranstaltungsstunden,
		7. Lehrkräfte für besondere Aufgaben in der Laufbahn der Fachlehrer und Fachlehrerinnen	28 Lehrveranstaltungsstunden,
		8. Akademische Räte und Rätinnen im Beamtenverhältnis auf Zeit mit der Funktion künstlerischer Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen (Art. 22 Abs. 3 BayHSchPG)	10 Lehrveranstaltungsstunden,
		9. Akademische Räte und Rätinnen im Beamtenverhältnis auf Zeit mit der Funktion wissenschaftlicher Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen (Art. 22 Abs. 3 BayHSchPG)	7 Lehrveranstaltungsstunden.

(2) Lehrkräfte für besondere Aufgaben, denen in den Fächern Industrial-Design und Kommunikations-Design die Studiobetreuung übertragen ist, erfüllen ihre Lehrverpflichtung durch die Wahrnehmung der Studiobetreuung während der regelmäßigen Arbeitszeit für den bayerischen öffentlichen Dienst nach Maßgabe der Verordnung über die Arbeitszeit für den bayerischen öffentlichen Dienst (Arbeitszeitverordnung – AzV) vom 25. Juli 1995 (GVBl S. 409, BayRS 2030-2-20-F) in der jeweils geltenden Fassung.

(3) ¹In der Vorlesungszeit haben Professoren und Professorinnen ihr Lehrangebot unter Berücksichtigung der curricularen Notwendigkeiten bei einer Lehrverpflichtung von mindestens 16 Lehrveranstaltungsstunden in der Regel an vier Tagen der Woche zu erbringen. ²Die zur Verfügung stehenden Vorlesungstage sollen ausgeschöpft werden. ³Ausnahmen von Satz 1 dürfen durch den Dekan oder die Dekanin nur bei Vorliegen wichtiger Gründe erteilt werden.

(4) Soweit Lehrpersonen an Universitäten ausschließlich oder überwiegend in Fachhochschulstudiengängen eingesetzt sind, finden die Abs. 1 bis 3 sowie die sonstigen für Fachhochschulen geltenden Bestimmungen dieser Verordnung entsprechende Anwendung.

§ 6

Lehrverpflichtung an Kunsthochschulen

(1) ¹An Kunsthochschulen (Art. 1 Abs. 2 Satz 1 Nr. 2 BayHSchG) haben die Lehrpersonen folgende Lehrverpflichtung (§ 2 Abs. 1):

- | | |
|---|------------------------|
| 1. Professoren und Professorinnen mit Lehrtätigkeit in künstlerischen | 19 Lehrveranstaltungs- |
|---|------------------------|

²Die ebenfalls zu den Lehrkräften für besondere Aufgaben zählenden Werkstattleiter und Werkstattleiterinnen an den Akademien der Bildenden Künste erfüllen ihre Lehrverpflichtung innerhalb der regelmäßigen Arbeitszeit des öffentlichen Dienstes. ³Entsprechend dem Unterrichtsbedürfnis kann die Erfüllung der Lehrverpflichtung auch für die unterrichtsfreie Zeit eines Semesters angeordnet werden. ⁴Die Verpflichtung der Lehrkräfte für besondere Aufgaben, während der regelmäßigen Arbeitszeit des öffentlichen Dienstes zur Dienstleistung an den Akademien der Bildenden Künste anwesend zu sein, bleibt unberührt.

(2) ¹Bei Angestellten richtet sich die Lehrverpflichtung nach der Ausgestaltung des Dienstverhältnisses. ²Nehmen Angestellte auf Grund vertraglicher Vereinbarung die gleichen Dienstaufgaben wahr wie die in Abs. 1 genannten Beamten und Beamtinnen, haben sie

die für diese jeweils festgelegte Lehrverpflichtung zu erfüllen. ³Eine geringere Lehrverpflichtung darf nicht vereinbart werden. ⁴Für die Lehrverpflichtung der nebenberuflich tätigen Abteilungsleiter und Abteilungsleiterinnen der Hochschule für Fernsehen und Film gilt Satz 1 entsprechend.

(3) ¹Bei Professoren, Professorinnen, Juniorprofessoren, Juniorprofessorinnen sowie künstlerischen und wissenschaftlichen Mitarbeitern und Mitarbeiterinnen an der Hochschule für Fernsehen und Film wird die Lehrverpflichtung durch die Mitwirkung bei den Übungs- und Abschlussproduktionen (Stoff- und Projektentwicklung, Produktionsvorbereitungen, Produktionsbetreuung und Abschlussgestaltung) in den Abteilungen „Film- und Fernsehspiel“ und „Dokumentarfilm und Fernsehpublizistik“ zur Hälfte und in den Abteilungen „Kommunikations- und Medienwissenschaft“, „Technik“ und „Produktion und Medienwirtschaft“ zu einem Viertel erfüllt. ²Daneben werden die erforderlichen Lehrveranstaltungen außerhalb der Vorlesungszeit gemäß § 3 Abs. 6 Satz 2 angerechnet.

§ 7

Abweichende Regelungen zur Höhe der Lehrverpflichtung

(1) ¹Für die Wahrnehmung folgender Funktionen und Aufgaben innerhalb der Universitäten und Fachhochschulen kann durch das Staatsministerium für Wissenschaft, Forschung und Kunst (Staatsministerium) die Lehrverpflichtung ermäßigt werden bei

1. nicht hauptberuflichen Vizepräsidenten und Vizepräsidentinnen bis zu 75 v.H.,
2. nicht hauptberuflichen Dekanen und Dekaninnen bis zu 50 v.H.,
3. Studiendekanen und Studien-dekaninnen an Universitäten bis zu 25 v.H.,
4. nicht hauptberuflichen Ärztlichen Direktoren und Ärztlichen Direktorinnen der Klinika bis zu 100 v.H.,
5. Studienfachberatern und Studienfachberaterinnen bis zu 25 v.H.;

je Studiengang sollen insgesamt nicht mehr als zwei Lehrveranstaltungsstunden Entlastung für Studienberatungstätigkeit gewährt werden.

²Für die Wahrnehmung der Funktionen gemäß Nrn. 1 bis 3 und 5 kann eine Ermäßigung auch generell vorgesehen werden. ³Werden von einer Lehrperson mehrere der in Satz 1 genannten Funktionen wahrgenommen, kann nur für eine dieser Funktionen eine Ermäßigung gewährt werden. ⁴An Fachhochschulen und in Fachhochschulstudiengängen an anderen Hochschulen kann unter Berücksichtigung der Größe der Fakultät die Lehrverpflichtung von Studiendekanen und Studiendekaninnen um bis zu drei Lehrveranstaltungsstunden ermäßigt werden.

(2) ¹Für die Wahrnehmung folgender Funktionen und Aufgaben innerhalb der Kunsthochschulen kann durch das Staatsministerium die Lehrverpflichtung ermäßigt werden bei

1. nicht hauptberuflichen Präsidenten oder Präsidentinnen bis zu 100 v.H.,
2. nicht hauptberuflich tätigen Vizepräsidenten und Vizepräsidentinnen
 - a) bei einem Vizepräsidenten oder einer Vizepräsidentin bis zu 75 v.H.,
 - b) bei zwei Vizepräsidenten und Vizepräsidentinnen insgesamt bis zu 100 v.H.,
 - c) bei drei oder vier Vizepräsidenten und Vizepräsidentinnen insgesamt bis zu 120 v.H.

²Abs. 1 Satz 1 Nrn. 3 und 5 sowie Sätze 2 und 3 gelten entsprechend.

(3) ¹Die Wahrnehmung der Aufgaben in der unmittelbaren Krankenversorgung und für diagnostische Leistungen, in der Betreuung von Studierenden des Praktischen Jahres im Studiengang Medizin oder in der praktischen Ausbildung nach der Approbationsordnung für Tierärzte wird durch eine Verminderung der Lehrverpflichtung berücksichtigt. ²Bei der konkreten Festlegung der Lehrverpflichtung der einzelnen Lehrpersonen stellt die Fakultät die vollständige Erfüllung des Lehrangebots nach der jeweiligen Approbationsordnung und Studienordnung vorrangig vor den Aufgaben nach Satz 1 sicher.

(4) ¹Für die Durchführung anwendungsbezogener Forschungs- und Entwicklungsvorhaben sowie für die Wahrnehmung von weiteren dienstlichen Aufgaben und Funktionen in Fachhochschulen, die nach Art oder Umfang von der Hochschulverwaltung nicht übernommen werden können und deren Übernahme zusätzlich zu der Lehrverpflichtung wegen der damit verbundenen Belastung nicht zumutbar ist, kann das Staatsministerium Ermäßigungen gewähren, die 7 v.H. der Gesamtheit der Lehrverpflichtungen der hauptberuflichen Lehrpersonen an Fachhochschulen und bei den einzelnen Professoren und Professorinnen vier, im Fall der Durchführung von anwendungsbezogenen Forschungs- und Entwicklungsvorhaben acht Lehrveranstaltungsstunden nicht überschreiten sollen; das Staatsministerium kann diese Befugnis den Fachhochschulen als staatliche Angelegenheit übertragen. ²Der Betrag nach Satz 1 verteilt sich auf die anwendungsbezogenen Forschungs- und Entwicklungsvorhaben einerseits sowie auf die Wahrnehmung von weiteren dienstlichen Aufgaben und Funktionen andererseits im Verhältnis von mindestens 2 v.H. und höchstens 5 v.H.

(5) ¹Zur Gewinnung und Erhaltung von Professoren und Professorinnen an Kunsthochschulen, die im Musikleben, in der bildenden Kunst, im Theaterleben sowie in den Medien eine herausragende Position einnehmen, kann die Lehrverpflichtung vom Staatsministerium befristet ermäßigt werden. ²Die Ermäßigung darf 50 v.H. der Lehrverpflichtung nicht überschreiten.

(6) ¹Der Präsident oder die Präsidentin der Hochschule (Präsident oder Präsidentin) kann die Lehrverpflichtung von Professoren oder Professorinnen an Universitäten und Kunsthochschulen abweichend von § 4 Abs. 1 Nr. 1 und § 6 Abs. 1 Satz 1 Nrn. 1 und 3 befris-

tet um bis zu drei Lehrveranstaltungsstunden höher festsetzen, wenn ein dienstliches Interesse daran besteht, dass Professoren oder Professorinnen vorübergehend zusätzlich Aufgaben der Lehre in ihrem Fach wahrnehmen. ²Der Präsident oder die Präsidentin kann die Lehrverpflichtung von Professoren oder Professorinnen abweichend von den in Satz 1 genannten Bestimmungen befristet um bis zu drei Lehrveranstaltungsstunden niedriger festsetzen, wenn ein dienstliches Interesse daran besteht, dass Professoren oder Professorinnen vorübergehend zusätzlich Aufgaben im Bereich der Forschung oder Kunst in ihrem Fach wahrnehmen. ³Abweichende Festlegungen nach den Sätzen 1 und 2 sind innerhalb der gleichen Lehrereinheit im Rahmen der vorhandenen Personalausstattung kapazitätsneutral auszugleichen. ⁴Ermäßigungen der Lehrverpflichtung nach Satz 2 sind nur im Umfang entsprechender Erhöhungen nach Satz 1 innerhalb der gleichen Lehrereinheit möglich. ⁵Die Sätze 1 bis 4 gelten für sonstige Lehrpersonen mit der Maßgabe entsprechend, dass eine Erhöhung der Lehrverpflichtung durch eine entsprechende Reduzierung der regelmäßigen Arbeitszeit in der unterrichtsfreien Zeit auszugleichen ist, wobei § 3 Abs. 9 Satz 2 entsprechend gilt.

(7) ¹Für die Wahrnehmung besonderer Aufgaben und Funktionen in den Hochschulen und die Durchführung von anwendungsbezogenen Forschungs- und Entwicklungsvorhaben an Fachhochschulen kann der Präsident oder die Präsidentin unter Berücksichtigung des Lehrbedarfs im jeweiligen Fach eine Ermäßigung gewähren. ²Nimmt eine Lehrperson im öffentlichen Interesse Aufgaben außerhalb ihrer Hochschule wahr, die die Ausübung der Lehrtätigkeit ganz oder teilweise ausschließen, kann der Präsident oder die Präsidentin für die Dauer der Wahrnehmung dieser Aufgaben die Lehrverpflichtung ermäßigen oder von der Lehrverpflichtung freistellen. ³Die Vorschriften über die Gewährung von Urlaub bleiben davon unberührt. ⁴In den Fällen der Sätze 1 und 2 muss die Ermäßigung der Lehrverpflichtung durch eine entsprechende Erhöhung der Lehrverpflichtung anderer Lehrpersonen innerhalb des jeweiligen Semesters ausgeglichen werden. ⁵Ein Ausgleich soll innerhalb derselben Lehrereinheit und bei Ermäßigungen der Lehrverpflichtung von Professoren und Professorinnen innerhalb dieser Personalkategorie erfolgen. ⁶In Ausnahmefällen genügt es, dass ein Ausgleich der entfallenden Lehrkapazität aus Einnahmen finanziert wird, die im Zusammenhang mit der Ermäßigung der Lehrverpflichtung erzielt werden und mindestens die anteiligen Personalkosten der Lehrperson erreichen sollen, deren Lehrverpflichtung ermäßigt wird. ⁷Ist ein kapazitätsneutraler Ausgleich nach den Sätzen 4 bis 6 nicht möglich, bedarf die Ermäßigung der Zustimmung des Staatsministeriums im Einvernehmen mit dem Staatsministerium der Finanzen.

(8) ¹Die Lehrverpflichtung schwerbehinderter Menschen im Sinn des Neunten Buches Sozialgesetzbuch – Rehabilitation und Teilhabe behinderter Menschen – kann von der Hochschule ermäßigt werden

- | | |
|--|-----------------|
| 1. bei einem Grad der Behinderung von mindestens 50 v.H. | bis zu 12 v.H., |
| 2. bei einem Grad der Behinderung von mindestens 70 v.H. | bis zu 18 v.H., |
| 3. bei einem Grad der Behinderung von mindestens 90 v.H. | bis zu 25 v.H. |

²Ergeben sich Bruchteile von mehr als 0,5 Lehrveranstaltungsstunden, werden diese aufgerundet.

(9) Ermäßigungen der Lehrverpflichtung werden nur auf Antrag und mit Wirkung für die Zukunft gewährt.

(10) ¹Eine Lehrverpflichtung besteht nicht, soweit an neu gegründeten Hochschulen oder in neu errichteten Fachbereichen oder in neu eingeführten Studiengängen der Lehrbetrieb noch nicht aufgenommen ist. ²Das Gleiche gilt, soweit eine Lehrtätigkeit mangels der erforderlichen Einrichtungen nicht ausgeübt werden kann. ³Lehrveranstaltungen, die während einer Freistellung nach Art. 11 BayHSchPG erbracht werden, können nicht ausgeglichen werden.

§ 8

Bericht über die Erfüllung der Lehrverpflichtung

¹Die Hochschule berichtet dem Staatsministerium bis zum Ende jeden Jahres über die Erfüllung der Lehrverpflichtung in den vorangegangenen beiden Semestern. ²Dabei ist auch darzustellen, inwieweit von den Möglichkeiten zur Abweichung nach § 2 Abs. 2 bis 4 sowie nach § 7 Gebrauch gemacht worden ist.

Dritter Abschnitt

Schlussvorschriften

§ 9

Übergangsvorschriften für vorhandene Beamte

(1) Für Beamte und Beamtinnen, die bei Inkrafttreten dieser Verordnung an einer Hochschule tätig sind und nicht unter Art. 2 Abs. 1 Satz 1 BayHSchPG fallen, gilt die Verordnung nach Maßgabe der folgenden Abs. entsprechend.

(2) Für wissenschaftliche Assistenten, Oberassistenten und Obergeringenieure im Sinn der Art. 46 bis 56 des Hochschullehrergesetzes (HSchLG) in der Fassung der Bekanntmachung vom 9. Oktober 1974 (GVBl S. 765) gilt § 4 Abs. 1 Nr. 5, für Hochschul- und Universitätsdozenten im Sinn des Art. 37 HSchLG gilt § 4 Abs. 1 Nr. 4 entsprechend.

(3) Für Prorektoren und Prorektorinnen, die nach Art. 98 Abs. 2 BayHSchG in ihren Ämtern verbleiben, gilt § 7 Abs. 1 Satz 1 Nr. 1 entsprechend.

(4) Für Oberassistenten und Obergeringenieure, die nach Art. 38 Satz 1 BayHSchPG in ihren bisherigen Dienstverhältnissen verbleiben, gilt § 4 Abs. 1 Nr. 4, für wissenschaftliche Assistenten, die nach Art. 38 Satz 1 BayHSchPG in ihren bisherigen Dienstverhältnissen verbleiben, gilt § 4 Abs. 1 Nr. 5, für künstlerische Assistenten § 6 Abs. 1 Satz 1 Nr. 8 und für wissenschaftliche Assistenten an Kunsthochschulen § 6 Abs. 1 Satz 1 Nr. 9 entsprechend.

(5) ¹Die Bestimmungen für Kolleggeldempfänger über die angemessene Vertretung ihres Fachs in der Lehre bleiben unberührt. ²Solange an einer Hochschule

in einem Fach Lehrveranstaltungen für einen Studiengang anzubieten sind, für den eine Zulassungszahl der aufzunehmenden Studenten festgesetzt ist, erfordert die auf der Ausschöpfung der Lehrkapazität dieses Fachs beruhende Festsetzung von Zulassungszahlen eine über die Mindestlehrverpflichtung hinausgehende Lehrtätigkeit; in diesen Fällen ist für die Kolleggeldempfänger dieses Fachs nur die Erfüllung der Lehrverpflichtung nach Maßgabe dieser Verordnung als angemessene Vertretung ihres Fachs in der Lehre anzusehen.

(6) Soweit Lehrpersonen auf Grund der vor dem Inkrafttreten dieser Verordnung geltenden Bestimmungen eine Ermäßigung der Lehrverpflichtung gewährt wurde, bleibt diese unberührt.

§ 10

Inkrafttreten, Außerkrafttreten

(1) Diese Verordnung tritt am 1. März 2007 in Kraft.

(2) Mit Ablauf des 28. Februar 2007 treten die Verordnung über die Lehrverpflichtung des wissenschaftlichen und künstlerischen Personals an Universitäten und Fachhochschulen (Lehrverpflichtungsverordnung – LUFV) vom 19. September 1994 (GVBl S. 956, BayRS 2030-2-21-WFK), zuletzt geändert durch Verordnung vom 9. September 2004 (GVBl S. 392), mit Ausnahme des dortigen § 10, und die Verordnung über die Regellehrverpflichtung des künstlerischen und wissenschaftlichen Personals an Kunsthochschulen sowie an der Hochschule für Fernsehen und Film in München (Regellehrverpflichtungsverordnung für Kunsthochschulen – RLVK) vom 17. August 1992 (GVBl S. 381, BayRS 2030-2-21-1-WFK), zuletzt geändert durch Verordnung vom 4. September 2004 (GVBl S. 375), außer Kraft.

München, den 14. Februar 2007

Bayerisches Staatsministerium
für Wissenschaft, Forschung und Kunst

Dr. Thomas Goppel
Staatsminister

2237-3-UK

**Verordnung
zur Änderung der
Verordnung über die Berufsbezeichnungen der Lehrer
an staatlich anerkannten Ersatzschulen**

Vom 12. Mai 2007 (GVBl S. 356)

Auf Grund von Art. 97 Abs. 2 und Art. 128 Abs. 1 des Bayerischen Gesetzes über das Erziehungs- und Unterrichtswesen (BayEUG) in der Fassung der Bekanntmachung vom 31. Mai 2000 (GVBl S. 414, ber. S. 632, BayRS 2230-1-1-UK), zuletzt geändert durch Gesetz vom 26. Juli 2006 (GVBl S. 397), erlässt das Bayerische Staatsministerium für Unterricht und Kultus folgende Verordnung:

§ 1

Die Verordnung über die Berufsbezeichnungen der Lehrer an staatlich anerkannten Ersatzschulen (BayRS 2237-3-UK), geändert durch Verordnung vom 12. Mai 1998 (GVBl S. 278), wird wie folgt geändert:

1. In der Überschrift der Verordnung werden das Wort „Lehrer“ durch das Wort „Lehrkräfte“ ersetzt und die Worte „staatlich anerkannten“ gestrichen.
2. § 1 erhält folgende Fassung:

„§ 1

Ersatzschulen, die nicht nur vorläufig staatlich genehmigt sind (Art. 98 Abs. 1 BayEUG), können den an ihnen hauptberuflich tätigen Lehrkräften für die Dauer der Verwendung an der Schule nach Maßgabe der folgenden Bestimmungen das Recht einräumen, Berufsbezeichnungen zu führen.“

3. § 2 wird wie folgt geändert:

- a) In Abs. 1 Satz 1 wird das Wort „Lehrern“ durch das Wort „Lehrkräften“ ersetzt.
- b) Abs. 2 wird wie folgt geändert:

aa) In Satz 1 werden die Worte „Einem Lehrer“ durch die Worte „Einer Lehrkraft“ und das Wort „er“ durch das Wort „sie“ ersetzt.

bb) In Satz 2 wird das Wort „er“ durch das Wort „sie“ ersetzt.

4. § 3 wird wie folgt geändert:

- a) In Abs. 1 werden die Worte „dem Lehrer“ durch die Worte „der Lehrkraft“ ersetzt und die Worte „und gemäß § 1 Abs. 2 genehmigt“ gestrichen.
- b) In Abs. 2 wird das Wort „Lehrer“ durch das Wort „Lehrkräfte“ ersetzt.

5. § 4 Abs. 2 wird wie folgt geändert:

- a) In Satz 1 werden die Worte „Das Staatsministerium für Unterricht, Kultus, Wissenschaft und Kunst kann“ durch die Worte „Die Ersatzschulen können“ ersetzt.
- b) In Satz 2 werden die Worte „der frühere Lehrer“ durch die Worte „die frühere Lehrkraft“ ersetzt.

§ 2

Diese Verordnung tritt am 1. Juni 2007 in Kraft.

München, den 12. Mai 2007

Bayerisches Staatsministerium
für Unterricht und Kultus

Siegfried Schneider
Staatsminister

2210-1-1-11-WFK

**Verordnung
zur Änderung der
Hochschulgliederungsverordnung**

Vom 27. Mai 2007 (GVBl S. 369)

Auf Grund von Art. 19 Abs. 3 Satz 3 in Verbindung mit Art. 106 Abs. 1 Satz 1 des Bayerischen Hochschulgesetzes (BayHSchG) vom 23. Mai 2006 (GVBl S. 245, BayRS 2210-1-1-WFK), geändert durch Art. 12 Abs. 1 des Gesetzes vom 9. Mai 2007 (GVBl S. 320), erlässt das Bayerische Staatsministerium für Wissenschaft, Forschung und Kunst folgende Verordnung:

§ 1

Die Verordnung zur Gliederung der staatlichen Universitäten und Fachhochschulen sowie der Hochschule für Fernsehen und Film in München (Hochschulgliederungsverordnung – HSchGV) vom 16. Juni 2006 (GVBl S. 332, ber. S. 470, BayRS 2210-1-1-11-WFK) wird wie folgt geändert:

1. In die Inhaltsübersicht wird folgender § 2a eingefügt:

„§ 2a Fachbereich Soziale Arbeit Bamberg“.

2. § 2 erhält folgende Fassung:

„§ 2

Otto-Friedrich-Universität Bamberg

Die Otto-Friedrich-Universität Bamberg gliedert sich in folgende Fakultäten:

1. Fakultät Geistes- und Kulturwissenschaften (Humanities),
2. Fakultät Sozial- und Wirtschaftswissenschaften (Social Sciences, Economics and Business Administration),
3. Fakultät Humanwissenschaften (Human Sciences and Education),
4. Fakultät Wirtschaftsinformatik und Angewandte Informatik (Information Systems and Applied Computer Sciences),
5. Fakultät Katholische Theologie (Catholic Theology).“

3. Es wird folgender § 2a eingefügt:

„§ 2a

Fachbereich Soziale Arbeit Bamberg

¹An der Otto-Friedrich-Universität Bamberg besteht neben den in § 2 genannten Fakultäten der

Fachbereich Soziale Arbeit, auf den die Bestimmungen über die Fakultäten entsprechende Anwendung finden. ²Er bildet einen Fachbereichsausschuss, der die Aufgaben und Befugnisse eines Fakultätsrats hat. ³Ihm gehören der Dekan oder die Dekanin, der Prodekan oder die Prodekanin, der Studiendekan oder die Studiendekanin, zwei Vertreter oder Vertreterinnen der Hochschullehrer und Hochschullehrerinnen, ein Vertreter oder eine Vertreterin der Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen, ein Vertreter oder eine Vertreterin der Studierenden sowie die Frauenbeauftragte an; Art. 17 Abs. 1 Satz 4 BayHSchG findet keine Anwendung. ⁴Im Übrigen gelten für den Fachbereichsausschuss die Bestimmungen über den Fakultätsrat sinngemäß. ⁵An den Sitzungen der Erweiterten Hochschulleitung nimmt der Dekan oder die Dekanin des Fachbereichs Soziale Arbeit mit beratender Stimme teil.“

4. § 4 erhält folgende Fassung:

„§ 4

Friedrich-Alexander-Universität
Erlangen-Nürnberg

Die Friedrich-Alexander-Universität Erlangen-Nürnberg gliedert sich in folgende Fakultäten:

1. Philosophische Fakultät und Fachbereich Theologie (School of Humanities and Social Sciences, School of Theology),
2. Rechts- und Wirtschaftswissenschaftliche Fakultät (Law School, School of Business and Economics),
3. Medizinische Fakultät (Medical School),
4. Naturwissenschaftliche Fakultät (School of Sciences),
5. Technische Fakultät (School of Engineering).“

5. § 9 erhält folgende Fassung:

„§ 9

Julius-Maximilians-Universität Würzburg

Die Julius-Maximilians-Universität Würzburg gliedert sich in folgende Fakultäten:

1. Katholisch-Theologische Fakultät,
2. Juristische Fakultät,

3. Medizinische Fakultät,
 4. Philosophische Fakultät I (historische, philologische, Kultur- und geographische Wissenschaften),
 5. Philosophische Fakultät II (Philosophie, Psychologie, Erziehungs- und Gesellschaftswissenschaften),
 6. Fakultät für Biologie,
 7. Fakultät für Chemie und Pharmazie,
 8. Fakultät für Mathematik und Informatik,
 9. Fakultät für Physik und Astronomie,
 10. Wirtschaftswissenschaftliche Fakultät.“
6. §§ 16 und 17 erhalten folgende Fassung:

„§ 16

Fachhochschule Hof

Die Fachhochschule Hof gliedert sich in die Abteilungen

1. Hof mit den Fakultäten
 - 1.1 Informatik und Ingenieurwissenschaften,
 - 1.2 Wirtschaftswissenschaften,
2. Münchberg mit der Fakultät Textil und Design.

§ 17

Fachhochschule Ingolstadt

Die Fachhochschule Ingolstadt gliedert sich in die Fakultäten

1. Elektrotechnik und Informatik,
 2. Maschinenbau,
 3. Wirtschaftswissenschaften.“
7. In § 20 werden in Nr. 8 das Wort „Geoinformati-

onswesen“ durch das Wort „Geoinformation“, in Nr. 11 das Wort „Sozialwesen“ durch die Worte „angewandte Sozialwissenschaften“ und in Nr. 12 das Wort „Gestaltung“ durch das Wort „Design“ ersetzt.

8. In § 22 werden in Nr. 6 das Wort „Gestaltung“ durch das Wort „Design“ und in Nr. 9 das Wort „Sozialwesen“ durch das Wort „Sozialwissenschaften“ ersetzt.

§ 2

Übergangsvorschriften

(1) ¹Die Hochschulwahlen im Sommersemester 2007 sind unter Berücksichtigung der ab 1. Oktober 2007 geltenden Gliederung durchzuführen. ²Weicht die Gliederung von der bisher geltenden ab, werden die neu gewählten Fakultätsräte der betreffenden Fakultäten im Sommersemester 2007 zu konstituierenden Sitzungen zusammengerufen, deren einziger Tagesordnungspunkt die Wahl eines Dekans oder einer Dekanin, eines Prodekans oder einer Prodekanin sowie eines Studiendekans oder einer Studiendekanin ist.

(2) Art. 98 und 99 BayHSchG bleiben unberührt.

§ 3

Inkrafttreten, Außerkrafttreten

(1) Diese Verordnung tritt am 1. Oktober 2007 in Kraft.

(2) Abweichend von Abs. 1 tritt § 2 mit Wirkung vom 1. April 2007 in Kraft.

(3) § 1 Nr. 3 (§ 2a HSchGV) tritt mit Ablauf des 30. September 2009 außer Kraft.

München, den 27. Mai 2007

Bayerisches Staatsministerium
für Wissenschaft, Forschung und Kunst

Dr. Thomas Goppel
Staatsminister

2236-4-1-6-UK

**Dritte Verordnung
zur Änderung der
Berufsfachschulordnung Fremdsprachenberufe
Vom 28. August 2007 (GVBl S. 641)**

Auf Grund von Art. 45 Abs. 2 Sätze 1 und 4, Art. 89 und 128 Abs. 1 des Bayerischen Gesetzes über das Erziehungs- und Unterrichtswesen (BayEUG) in der Fassung der Bekanntmachung vom 31. Mai 2000 (GVBl S. 414, ber. S. 632, BayRS 2230-1-1-UK), zuletzt geändert durch Gesetz vom 24. Juli 2007 (GVBl S. 533), erlässt das Bayerische Staatsministerium für Unterricht und Kultus folgende Verordnung:

§ 1

Die Schulordnung für die Berufsfachschulen für Fremdsprachenberufe in Bayern (Berufsfachschulordnung Fremdsprachenberufe – BFSO Sprachen) vom 21. Mai 1993 (GVBl S. 419, BayRS 2236-4-1-6-UK), zuletzt geändert durch Verordnung vom 22. August 2000 (GVBl S. 646), wird wie folgt geändert:

1. In das Inhaltsverzeichnis wird folgender § 31a eingefügt:

„§ 31a Teilnahme an der Abschlussprüfung“

2. § 5 Abs. 5 wird aufgehoben.

3. § 6 Abs. 3 Satz 2 erhält folgende Fassung:

„²Dies ist in der Regel der Fall, wenn die Leistungen am Ende der Probezeit in einem Pflichtfach mit der Note 6 oder in zwei Pflichtfächern mit der Note 5 zu bewerten sind und keine Umstände vorliegen, die bessere Leistungen wahrscheinlich machen.“

4. § 11 wird wie folgt geändert:

- a) Abs. 2 wird wie folgt geändert:

aa) Satz 1 wird aufgehoben.

bb) Der bisherige Satz 2 wird Satz 1; das Wort „zehn“ wird durch das Wort „drei“ ersetzt.

cc) Die bisherigen Sätze 3 und 4 werden Sätze 2 und 3.

- b) Es wird folgender Abs. 4 angefügt:

„(4) Bei einer Häufung von Schulversäumnissen oder bei nicht hinreichender Beteiligung am Unterricht können Schüler zur Nacharbeit unter Aufsicht einer Lehrkraft verpflichtet werden.“

5. § 12 Abs. 1 wird wie folgt geändert:

- a) Der bisherige Wortlaut wird Satz 1.

- b) Es werden folgende Sätze 2 und 3 angefügt:

„²Der Schulleiter kann auf Antrag Schüler des ersten Schuljahres von der Teilnahme am Unterricht in der Zweiten Fremdsprache befreien, wenn die Schüler die Kenntnisse dieses Jahres nachweisen. ³§ 4 Abs. 3 Satz 2 gilt entsprechend.“

6. § 17 wird wie folgt geändert:

- a) In Abs. 1 Satz 1 werden die Worte „2.1, 2.2 und 10.4“ durch die Worte „2 und 9.4“ ersetzt.

- b) In Abs. 3 werden die Worte „In den Fächern 2.1, 2.2 und 10.4 der Stundentafel kann je Halbjahr eine“ durch die Worte „Im Fach 2 können je Halbjahr des ersten Schuljahres eine, je Halbjahr des zweiten Schuljahres zwei und im Fach 9.4 je Halbjahr eine“ ersetzt.

7. § 18 Abs. 2 wird wie folgt geändert:

- a) In Satz 2 werden die Worte „In den Fächern 2.1, 2.2 und 10.4 der Stundentafel sind im Schulhalbjahr“ durch die Worte „Im Fach 2 sind je Halbjahr des zweiten Schuljahres mindestens vier, im Fach 9.4 je Halbjahr mindestens zwei,“ ersetzt.

- b) In Satz 3 werden die Worte „In den Fächern 6 und 12“ durch die Worte „Im Fach 11“ ersetzt.

8. § 21 Abs. 1 erhält folgende Fassung:

„(1) Der Begriff „Anforderungen“ in Art. 52 Abs. 2 Satz 1 BayEUG bezieht sich auf den Umfang sowie auf die selbständige und richtige Anwendung der Kenntnisse, Fähigkeiten und Fertigkeiten sowie auf die Art der Darstellung.“

9. In § 22 Abs. 4 Satz 2 werden die Worte „Fächer 10.1 und 10.2 mit doppelter Gewichtung, die Noten der Fächer 10.3 und 10.4 mit einfacher Gewichtung ein (Teiler 6)“ durch die Worte „Fächer 9.1, 9.2 und 9.4 mit doppelter Gewichtung, die Note des Fachs 9.3 mit einfacher Gewichtung ein (Teiler 7)“ ersetzt.

10. In § 23 Abs. 1 Satz 1 werden die Worte „mit Ausnahme der Fächer 2 und 6 der Stundentafel“ gestrichen.

11. In § 27 Abs. 1 werden die Worte „im ersten Schuljahr“ gestrichen.

12. In § 31 Abs. 3 Satz 2 wird jeweils die Zahl „13.1“ durch die Zahl „12.1“, die Zahl „13.2“ durch die Zahl „12.2“ und die Zahl „13.3“ durch die Zahl „12.3“ ersetzt.

13. Es wird folgender § 31a eingefügt:

„§ 31a

Teilnahme an der Abschlussprüfung

¹Eine Teilnahme an der Abschlussprüfung ist ausgeschlossen, wenn

1. die Jahresnote(n) der Ersten Fremdsprache(n) gemäß § 31 Abs. 2 Satz 1, Abs. 3 Satz 1 schlechter als „ausreichend“ (4,50) ist (sind) oder
2. die Jahresfortgangsnote der Zweiten Fremdsprache oder für Textverarbeitung schlechter als „ausreichend“ ist oder
3. die Jahresnote der Fächer 12.1, 12.2 und 12.3 der Stundentafel gemäß § 31 Abs. 3 Satz 2 schlechter als „ausreichend“ ist.

²In diesen Fällen gilt die Prüfung als abgelegt und nicht bestanden.“

14. § 32 wird wie folgt geändert:

a) In Abs. 1 Satz 1 werden die Worte „§ 35 Abs. 2 Nrn. 1 oder 2“ durch die Worte „§ 31a Satz 2“ ersetzt.

b) Abs. 2 Nr. 4 erhält folgende Fassung

„4. Übersetzen eines Korrespondenztextes von etwa 10 Schreibmaschinenzeilen aus der Ersten Fremdsprache, Zusammenfassen eines anderen Korrespondenztextes von etwa 20 Schreibmaschinenzeilen aus der Ersten Fremdsprache in deutschen Stichpunkten und Erstellen eines Briefes in der Ersten Fremdsprache nach Vorgaben in deutscher Sprache als formgerechter Geschäftsbrief
(Arbeitszeit 90 Minuten).“

c) Abs. 3 erhält folgende Fassung:

„(3) Die schriftliche Prüfung in der Zweiten Fremdsprache orientiert sich an einem im Vergleich zur Ersten Fremdsprache niedrigeren Anforderungsniveau und besteht aus folgender Aufgabe:
Übersetzen eines Korrespondenztextes von etwa 10 Schreibmaschinenzeilen aus der Zweiten Fremdsprache, Zusammenfassen eines anderen Korrespondenztextes von etwa 20 Schreibmaschinenzeilen aus der Zweiten Fremdsprache in deutschen Stichpunkten und Erstellen eines Briefes in der Zweiten Fremdsprache nach Vorgaben in deutscher Sprache als formgerechter Geschäftsbrief
(Arbeitszeit: 90 Minuten).“

d) In Abs. 5 Satz 1 werden nach den Worten „§ 12 Abs. 1“ die Worte „Satz 1“ eingefügt.

e) Abs. 6 Satz 2 erhält folgende Fassung:

„²In das Abschlusszeugnis ist eine entsprechende Bemerkung aufzunehmen.“

f) Abs. 7 wird wie folgt geändert:

aa) Satz 1 erhält folgende Fassung:

„¹Wird im ersten Prüfungsdurchgang nur die Zweite Fremdsprache erfolgreich abgelegt, ist im Rahmen einer Wiederholungsprüfung diese nicht erneut zu prüfen, wenn die Wiederholungsprüfung zum unmittelbar folgenden Termin abgelegt wird.“

bb) Satz 3 wird aufgehoben.

15. § 32a wird wie folgt geändert:

a) In Abs. 1 werden die Worte „§ 35a Abs. 2 Nrn. 1 oder 2“ durch die Worte „§ 31a Satz 2“ ersetzt.

b) Abs. 2 Nr. 4 erhält folgende Fassung:

„4. Übersetzen eines Korrespondenztextes von etwa 10 Schreibmaschinenzeilen aus der Ersten Fremdsprache, Zusammenfassen eines anderen Korrespondenztextes von etwa 20 Schreibmaschinenzeilen aus der Ersten Fremdsprache in deutschen Stichpunkten und Erstellen eines Briefes in der Ersten Fremdsprache nach Vorgaben in deutscher Sprache als formgerechter Geschäftsbrief
(Arbeitszeit 90 Minuten).“

16. § 33 wird wie folgt geändert:

a) In Abs. 1 werden die Worte „Der mündlichen Prüfung in der Ersten Fremdsprache“ durch die Worte „Den mündlichen Prüfungen in der Ersten und Zweiten Fremdsprache“ und die Worte „§ 35 Abs. 2 Nrn. 1 bis 3“ durch die Worte „§ 31a Satz 2 oder § 35 Abs. 2 Nr. 1“ ersetzt.

b) Abs. 2 erhält folgende Fassung:

„(2) Die mündliche Prüfung in der Ersten Fremdsprache besteht aus folgenden Aufgaben:

1. Gespräch in der Ersten Fremdsprache in berufsbezogenen Situationen und zu landeskundlichen Themen, wobei die Schüler auch ihre Fähigkeit zeigen sollen, sich fremdsprachlich korrekt und flüssig auszudrücken; Schüler, deren Muttersprache die Erste Fremdsprache ist, legen diese Prüfung in Deutsch ab
(Dauer der Prüfung: 20 Minuten),
2. Dolmetschen eines zweisprachig geführten Gesprächs mittlerer Schwierigkeit
(Dauer: 10 Minuten),
3. Fragen zur Fachkunde und Fachterminologie in der Ersten Fremdsprache
(Dauer: 10 Minuten).“

c) Es wird folgender neuer Abs. 3 eingefügt:

„(3) Die mündliche Prüfung in der Zweiten Fremdsprache besteht aus folgender Aufgabe:

Prüfung der Textkompetenz mit Übersetzungs- und Verständnisfragen zu einem allgemeinen Text mittlerer Schwierigkeit und Prüfung der kommunikativen Kompetenz in einem Gespräch in einer berufsbezogenen Situation (Dauer: 20 Minuten).“

d) Der bisherige Abs. 3 wird Abs. 4.

e) Der bisherige Abs. 4 wird Abs. 5; Satz 1 erhält folgende Fassung:

„¹Die mündliche Prüfung nach Abs. 2 Nr. 1 und Abs. 3 wird als Gruppenprüfung mit jeweils zwei Prüflingen, in den übrigen Fällen als Einzelprüfung vorgenommen.“

17. § 33a wird wie folgt geändert:

a) In Abs. 1 werden die Worte „§ 35a Abs. 2 Nrn. 1 bis 3“ durch die Worte „§ 31a Satz 2 oder § 35a Abs. 2 Nr. 1“ ersetzt.

b) Abs. 2 wird wie folgt geändert:

aa) Nr. 1 erhält folgende Fassung:

„1. Gespräch in der Ersten Fremdsprache in berufsbezogenen Situationen und zu landeskundlichen Themen, wobei die Schüler auch ihre Fähigkeit zeigen sollen, sich fremdsprachlich korrekt und flüssig auszudrücken; Schüler, deren Muttersprache die Erste Fremdsprache ist, legen diese Prüfung in Deutsch ab
(Dauer der Prüfung: 20 Minuten),“

bb) In Nr. 3 werden die Worte „in Deutsch und“ gestrichen und die Worte „20 Minuten“ durch die Worte „10 Minuten“ ersetzt.

c) In Abs. 3 werden die Worte „Abs. 4“ durch die Worte „Abs. 5“ ersetzt.

18. § 34 wird wie folgt geändert:

a) Abs. 3 wird wie folgt geändert:

aa) In Satz 2 werden die Worte „gemäß § 33 Abs. 2 Nr. 2 einfach, gemäß Nrn. 1 und 3 doppelt (Teiler 5)“ durch die Worte „gemäß § 33 Abs. 2 Nrn. 2 und 3 einfach, gemäß Nr. 1 doppelt (Teiler 4)“ ersetzt.

bb) Satz 4 erhält folgende Fassung:

„⁴Die Gesamtnote der Zweiten Fremdsprache errechnet sich aus den Leistungen der schriftlichen und mündlichen Prüfung und dem Jahresfortgang, wobei die Note der mündlichen Prüfung gemäß § 33 Abs. 3 einfach, die Note der schriftlichen Prüfung gemäß § 32 Abs. 3 und die Jahresfortgangsnote jeweils doppelt zählen (Teiler 5); bei anderen Bewerbern zählt die Note der mündlichen Prüfung gemäß § 33 Abs. 3 einfach und die Note der schriftlichen Prüfung gemäß § 32 Abs. 3 doppelt (Teiler 3).“

b) Abs. 4 wird wie folgt geändert:

aa) In Satz 2 werden die Worte „gemäß § 33a Abs. 2 Nr. 2 einfach, gemäß Nummern 1 und 3 doppelt (Teiler 5)“ durch die Worte „gemäß § 33a Abs. 2 Nrn. 2 und 3 einfach, gemäß Nr. 1 doppelt (Teiler 4)“ ersetzt.

bb) In Satz 4 werden die Worte „13.1, 13.2 und 13.3“ durch die Worte „12.1, 12.2 und 12.3“ ersetzt.

19. § 35 Abs. 2 wird wie folgt geändert:

a) Nrn. 1 und 2 werden gestrichen.

b) Die bisherigen Nrn. 3 bis 6 werden Nrn. 1 bis 4.

c) Nr. 1 erhält folgende Fassung:

„1. in mehr als einer der Aufgaben gemäß § 32 Abs. 2 Nrn. 1 bis 3 oder in der Aufgabe gemäß § 32 Abs. 2 Nr. 4 eine schlechtere Note als „ausreichend“ erzielt wurde,“.

20. § 35a Abs. 2 wird wie folgt geändert:

a) Nrn. 1 und 2 werden gestrichen.

b) Die bisherigen Nrn. 3 bis 6 werden Nrn. 1 bis 4.

c) Nr. 1 erhält folgende Fassung:

„1. in mehr als einer der Aufgaben gemäß § 32a Abs. 2 Nrn. 1 bis 3 oder in der Aufgabe gemäß § 32a Abs. 2 Nr. 4 eine schlechtere Teilnote als „ausreichend“ erzielt wurde,“.

d) In Nr. 4 werden die Worte „13.1, 13.2 und 13.3“ durch die Worte „12.1, 12.2 und 12.3“ ersetzt.

21. § 36 Abs. 3 wird wie folgt geändert:

a) In Satz 1 werden die Worte „Art. 33 Abs. 6 Satz 1“ durch die Worte „Art. 54 Abs. 5 Satz 1“ ersetzt.

b) In Satz 2 werden die Worte „zwei Zweiten Fremdsprachen beziehungsweise“ gestrichen.

22. § 42 wird wie folgt geändert:

a) Abs. 2 Satz 1 erhält folgende Fassung:

„¹Die Teilnehmer an der Abschlussprüfung für Fremdsprachenkorrespondenten legen die schriftliche und mündliche Prüfung gemäß §§ 32 und 33 bei Erstablegung als Ganzes zu einem Termin ab und haben darüber hinaus in Textverarbeitung folgende Prüfungsleistungen zu erbringen:

1. Texterfassung
(10 Minuten/1800 Anschläge),
2. Textgestaltung
(30 Minuten),
3. Textorganisation
(30 Minuten).“

b) In Abs. 4 Satz 1 werden die Worte „Nrn. 3 bis 6“ durch die Worte „Nrn. 1 bis 4 ersetzt“.

23. In § 66 Abs. 2 Satz 2 werden die Worte „Art. 63 Abs. 8 Satz 1“ durch die Worte „Art. 86 Abs. 9 Sätze 2 und 3“ ersetzt.

24. Die Anlage erhält folgende Fassung:

„Anlage

Studentenafel für die Berufsfachschulen für Fremdsprachenberufe

Fach	Wochenstunden		
	Erstes Schuljahr	Zweites Schuljahr	Drittes Schuljahr ¹⁾
A) Erste Fremdsprache Englisch/Französisch			
1. Allgemeine Sprachgrundlagen ^{2) 4)}	6 ³⁾	4	
2. Mündliche Sprachbeherrschung und Gesprächsdolmetschen	2	2 + 2 ¹⁰⁾	
3. Einführung in das Übersetzen	3	–	
4. Übersetzen aus der Fremdsprache (gemein- und fachsprachliche Texte)	–	3	
5. Übersetzen in die Fremdsprache (gemein- und fachsprachliche Texte)	–	2	
6. Korrespondenz (zweisprachig)	2	2	
7. Auslandskunde (fremdsprachig) ²⁾	–	2	
B) Erste Fremdsprache Italienisch, Russisch, Spanisch			
1. Allgemeine Sprachgrundlagen ^{2) 4) 5)}	10 ³⁾	4	
2. Mündliche Sprachbeherrschung und Gesprächsdolmetschen	4	2+2 ¹⁰⁾	
3. Einführung in das Übersetzen	–	–	
4. Übersetzen aus der Fremdsprache (gemein- und fachsprachliche Texte)	–	3	
5. Übersetzen in die Fremdsprache (gemein- und fachsprachliche Texte)	–	2	
6. Korrespondenz (zweisprachig) ⁶⁾	1	2	
7. Auslandskunde (fremdsprachig) ²⁾	–	2	
C) Für die Erste(n) Fremdsprache(n)			
8. Fachgebiet Wirtschaft oder Technik			
8.1 Fachkunde und Fachterminologie (deutsch)	2	–	
8.2 Übungen zur Fachkunde und Fachterminologie ⁷⁾	1	–	
8.3 Übungen zur Fachkunde und Fachterminologie (zweisprachig)	–	3	
D) 9. Zweite Fremdsprache			
9.1 Allgemeine Sprachgrundlagen	8	2	
9.2 Korrespondenz	–	3	
9.3 Übersetzung und Textproduktion	–	1	
9.4 Mündliche Sprachbeherrschung	–	2	

Fach	Wochenstunden		
	Erstes Schuljahr	Zweites Schuljahr	Drittes Schuljahr ¹⁾
E) 10. Allgemeinbildende Fächer			
10.1 Deutsch	1 +1 ⁸⁾	1 +1 ⁸⁾	
10.2 Sozialkunde	2	–	
F) 11. Textverarbeitung⁹⁾	3	3	
G) 12. Wirtschaftsfächer			
12.1 Allgemeine Wirtschaftslehre	–	–	4
12.2 Außenwirtschaft	–	–	4
12.3 Rechnungswesen	–	–	2

- 1) Beim Ausbildungsgang zum Euro-Korrespondenten sowie beim Aufbau-Ausbildungsgang nach § 2 Abs. 3 gilt für den Pflichtunterricht in der weiteren Ersten Fremdsprache (A oder B und C) die Stundentafel des zweiten Schuljahres; die Blöcke D, E, F entfallen. Beim Ausbildungsgang zum Euro-Korrespondenten kommt Block G hinzu.
- 2) Für Schüler, deren Muttersprache die Erste Fremdsprache ist, kann dieses Fach in Deutsch (bei Nr. 7 mit Deutschlandkunde) angeboten werden.
- 3) Setzt sich die Klasse überwiegend aus Schülern ohne jegliche Vorkenntnisse zusammen, so kann in den Sprachen Französisch, Italienisch, Spanisch und Russisch im ersten Schuljahr eine Stunde mehr erteilt werden.
- 4) Im zweiten Schuljahr in Englisch, Italienisch und Spanisch ohne fremdsprachige Rechtschreibung, weshalb in diesen Fällen eine Wochenstunde entfällt.
- 5) Im Russischen kann im ersten Schuljahr eine Stunde mehr erteilt werden.
- 6) Auch im ersten Schuljahr zweisprachig, sobald die sprachlichen Voraussetzungen dafür gegeben sind.
- 7) Bei der Ersten Fremdsprache Englisch oder Französisch: zweisprachig; bei der Ersten Fremdsprache Italienisch, Russisch oder Spanisch können die Übungen in deutscher Sprache gehalten werden.
- 8) Für Schüler mit einer anderen Muttersprache als Deutsch: eine Stunde zusätzlicher Unterricht.
- 9) Bei Russisch als erster Fremdsprache kann eine Wochenstunde für entsprechende Übungen mit kyrillischer Tastatur verwendet werden.
- 10) Gesprächsdolmetschen wird nur im zweiten Schuljahr zweistündig unterrichtet.“

§ 2

¹Diese Verordnung tritt mit Wirkung vom 1. August 2007 in Kraft. ²Abweichend von Satz 1 beenden Schüler, die sich im Schuljahr 2007/2008 bereits im zweiten oder dritten Schuljahr befinden und ihre Ausbildung zum Fremdsprachenkorrespondenten oder Euro-Korrespondenten nach Inkrafttreten dieser Verordnung ohne Unterbrechung oder Wiederholung fortsetzen, die Ausbildung nach den bisherigen Vorschriften.

München, den 28. August 2007

Bayerisches Staatsministerium
für Unterricht und Kultus

Siegfried Schneider
Staatsminister

II. Bekanntmachungen der Bayerischen Staatsministerien für Unterricht und Kultus und Wissenschaft, Forschung und Kunst

2240-WFK

Änderung der Amtlichen Leihverkehrsliste über die Zulassung zum Deutschen Leihverkehr

**Bekanntmachung des Bayerischen Staatsministeriums
für Wissenschaft, Forschung und Kunst**

vom 27. Juli 2007 Az.: XII/1-K 3135.3-12c/22 994

1. Gemäß Nr. 2 der Ordnung des Leihverkehrs in der Bundesrepublik Deutschland (Leihverkehrsordnung, LVO), Bekanntmachung des Bayerischen Staatsministeriums für Wissenschaft, Forschung und Kunst vom 1. Dezember 2003 (KWMBI I S. 538), werden die nachstehenden Bibliotheken in die Liste der zum Deutschen Leihverkehr zugelassenen Bibliotheken und Büchereien in Bayern aufgenommen:

Ort	Bezeichnung der Bibliothek / Bücherei	Siegel
Altenstadt	Bibliothek der Luftlande- und Luftlandetransportschule	Ast 1
Fürstenfeldbruck	Bibliothek des Flugmedizinischen Instituts der Luftwaffe	Ffb 2
München	Bibliothek der Pionierschule und Fachschule des Heeres für Bau-technik	M 505

2. Die Bekanntmachung des Bayerischen Staatsministeriums für Wissenschaft, Forschung und Kunst vom 16. April 2007 (KWMBI I S. 162, berichtigt KWMBI I S. 222), wird mit Wirkung vom 1. August 2007 entsprechend geändert.

Dr. Friedrich Wilhelm Rothenpieler
Ministerialdirektor

KWMBI I 2007 S. 345

2210.4.1-WFK

Bestimmungen zum Vollzug der praktischen Studiensemester an den staatlichen Fachhochschulen in Bayern

**Bekanntmachung des Bayerischen Staatsministeriums
für Wissenschaft, Forschung und Kunst**

vom 20. August 2007 Az.: XI/2-H 3432.4.2-11/21 620

Auf Grund des Art. 106 Abs. 1 Satz 3 des Bayerischen Hochschulgesetzes (BayHSchG) vom 23. Mai 2006 (GVBl S. 245, BayRS 2210-1-1-WFK) erlässt das Bayerische Staatsministerium für Wissenschaft, Forschung und Kunst folgende Bestimmungen:

1. Begriff

Fachhochschulstudiengänge mit den Abschlüssen Bachelor und Diplom sowie ggf. auch Master enthalten praktische Studiensemester nach Maßgabe des § 2 Abs. 2 der Rahmenprüfungsordnung für Fachhochschulen (RaPO) vom 17. Oktober 2001 (GVBl S. 686, BayRS 2210-1-1-WFK), zuletzt geändert durch Verordnung vom 20. Juli 2007 (GVBl S. 545). Für Grundpraktika, die an Stelle des ersten praktischen Studiensemesters vorgesehen sind, gelten die nachfolgenden Bestimmungen entsprechend.

2. Status der Studierenden während des praktischen Studiensemesters

- 2.1 Die Studierenden bleiben Mitglieder der Fachhochschule mit allen sich daraus ergebenden Rechten und Pflichten (Art. 17 und 18 BayHSchG). Das praktische Studiensemester ist kein Praktikum im Sinne des Berufsbildungsgesetzes; die Studierenden im praktischen Studiensemester werden weiterhin wie Studierende behandelt.

- 2.2 Die Studierenden haben Anspruch auf Ausbildungsförderung nach Maßgabe des Bundesausbildungsförderungsgesetzes (BAföG). Etwaige Vergütungen oder Ausbildungsbeihilfen der Ausbildungsstelle werden auf die Leistungen nach dem BAföG nach den Bestimmungen dieses Gesetzes angerechnet.

- 2.3 Die Bestimmungen über die studentische Kranken- und Pflegeversicherung (§ 5 Abs. 1 Nr. 9 des Fünften Buches des Sozialgesetzbuches – SGB V und § 20 Abs. 1 Satz 2 Nr. 9 SGB XI) gelten für die Dauer des praktischen Studiensemesters auch für Studierende im praktischen Studiensemester. Die Studierenden unterliegen gemäß den Bestim-

mungen des Sozialgesetzbuches jedoch nicht der Versicherungspflicht für abhängig Beschäftigte in der Kranken-, Pflege-, Renten- und Arbeitslosenversicherung (§ 6 Abs. 1 Nr. 3 SGB V, § 20 Abs. 1 Satz 1 SGB XI, § 5 Abs. 3 SGB VI, § 27 Abs. 4 Satz 1 Nr. 2 SGB III).

- 2.4 Studierende, die das praktische Studiensemester in einem Unternehmen absolvieren, sind kraft Gesetz über den für das Unternehmen zuständigen Unfallversicherungsträger (Berufsgenossenschaft) gegen Arbeitsunfall versichert (§ 2 Abs. 1 Nr. 1 SGB VII).

Wird das praktische Studiensemester im Ausland absolviert, sind die Studierenden während des Auslandsaufenthalts kraft Gesetz über den für das Unternehmen zuständigen Unfallversicherungsträger gegen Arbeitsunfall nur bei einer so genannten Entsendung versichert, d. h. wenn das Arbeitsverhältnis in Deutschland begründet wurde und der bzw. die Studierende nur vorübergehend für das Unternehmen im Ausland tätig ist (§ 2 Abs. 1 Nr. 1 SGB VII in Verbindung mit § 4 Abs. 1 SGB IV). Es kommt dabei nicht darauf an, ob es sich um die Entsendung an eine ausländische Filiale eines deutschen Unternehmens oder eine ausländische Bau- oder Montagestelle handelt.

Wird das praktische Studiensemester bei einem ausländischen Unternehmen oder bei einer ausländischen Filiale eines deutschen Unternehmens im Ausland abgeleistet, ohne dass im Inland ein Beschäftigungsverhältnis begründet wurde, besteht kein gesetzlicher Unfallversicherungsschutz nach deutschem Recht.

- 2.5 Der Abschluss einer Haftpflichtversicherung durch die Studierenden wird empfohlen, sofern die Ausbildungsstelle nicht ohnehin eine solche Versicherung verlangt oder das Haftpflichtrisiko nicht bereits durch eine von der Ausbildungsstelle abgeschlossene Versicherung abgedeckt ist. Die Fachhochschulen sollen auf den Abschluss von Gruppenversicherungen hinwirken.

3. Ausbildungsstellen, Ausbildungsverträge

- 3.1 Die Studierenden sind berechtigt und verpflichtet, der Fachhochschule eine geeignete Ausbildungsstelle vorzuschlagen. Kann aus besonderen Gründen kein eigener Vorschlag vorgelegt oder der vorgelegte Vorschlag nicht genehmigt werden, unterstützt die Fachhochschule die Studierenden auf Wunsch bei der Suche nach einer geeigneten Ausbildungsstelle.

- 3.2 Die Studierenden schließen mit der von der Fachhochschule genehmigten Ausbildungsstelle schriftliche Ausbildungsverträge ab. Den Ausbildungsverträgen soll nach Möglichkeit das Muster nach **Anlage** zugrunde gelegt werden. Sie bedürfen der Zustimmung der Fachhochschule.

4. Praktikantenausschuss, Beauftragte für das praktische Studiensemester

- 4.1 Die Fachhochschulen sollen für alle mit dem praktischen Studiensemester zusammenhängenden Angelegenheiten einen Praktikantenausschuss bilden.

- 4.2 Die Fakultäten der Fachhochschulen sollen Hochschullehrer oder Hochschullehrerinnen als Beauftragte für das praktische Studiensemester bestellen.

Zu den Aufgaben der Beauftragten gehört insbesondere

- die fachliche Unterstützung des Praktikantenausschusses, insbesondere bei der Beurteilung der Eignung der Ausbildungsstellen und der Überprüfung der Ausbildungsverträge,
- die Herstellung und Pflege von Kontakten zu den Ausbildungsstellen,
- die Mitwirkung bei der Organisation der praxisbegleitenden Lehrveranstaltungen und der Prüfungen am Ende der praktischen Studiensemester sowie die Mitwirkung beim Einsatz der Hochschullehrer und Hochschullehrerinnen für die fachliche Betreuung der Studierenden am Ausbildungsplatz.

Ermäßigungen der Lehrverpflichtung für die Funktion eines oder einer Beauftragten richten sich nach § 7 Abs. 4 der Verordnung über die Lehrverpflichtung des wissenschaftlichen und künstlerischen Personals an Universitäten, Kunsthochschulen und Fachhochschulen (Lehrverpflichtungsverordnung – LUFV) vom 14. Februar 2007 (GVBl S. 201, 2030-2-21-WFK).

5. Koordinierungsstelle für die praktischen Studiensemester an den staatlichen Fachhochschulen in Bayern (KoBy)

- 5.1 Für generelle Fragen des praktischen Studiensemesters wird eine Koordinierungsstelle an der Fachhochschule Coburg eingerichtet.

- 5.2 Ihre Aufgaben sind insbesondere:

- die Pflege und Förderung des auch überregionalen Erfahrungsaustausches zwischen den Fachhochschulen,
- Stellungnahmen zu Fragen des Vollzugs,
- die Förderung der Weiterentwicklung,
- die Information Dritter (z.B. Betriebe und Öffentlichkeit),
- die Herstellung des Einvernehmens der Zentralstelle für Arbeitsvermittlung bei der Vermittlung von Praktika durch bayerische Fachhochschulen für Studierende ausländischer Partnerhochschulen, die nicht Staatsangehörige eines Staates des Europäischen Wirtschaftsraumes sind.

6. Inkrafttreten

Diese Bekanntmachung tritt am 1. Oktober 2007 in Kraft. Gleichzeitig treten die Bestimmungen zum Vollzug der Verordnung über die praktischen Studiensemester an Fachhochschulen vom 24. Oktober 2002 (KWMBI I S. 390) außer Kraft.

Dr. Friedrich Wilhelm Rothenpieler
Ministerialdirektor

Anlage

– Muster –

**Ausbildungsvertrag
für das praktische Studiensemester/Grundpraktikum¹⁾**Zur Durchführung des praktischen Studiensemesters/Grundpraktikums¹⁾im Bachelor-/Diplom-/Masterstudiengang¹⁾ _____

– nachfolgend Studiengang genannt –

an der Fachhochschule _____

– nachfolgend Hochschule genannt –

wird zwischen der

Firma/Behörde/Einrichtung¹⁾_____

– nachfolgend Ausbildungsstelle genannt –

und dem/der Studierenden¹⁾ _____

geboren am _____ in _____

wohnhaft in _____

Tel.-Nr./E-Mail: _____

– nachfolgend Studierender/Studierende¹⁾ genannt –

folgender Ausbildungsvertrag geschlossen:

**§ 1
Allgemeines**

(1) Ein praktisches Studiensemester ist ein in das Studium integriertes, von der Hochschule geregeltes, inhaltlich bestimmtes, betreutes und mit Lehrveranstaltungen vorbereitetes und begleitetes Studiensemester, das in der Regel in einem Betrieb oder in einer anderen Einrichtung der Berufspraxis außerhalb der Hochschule abgeleistet wird.

oder¹⁾

Ein Grundpraktikum ist ein in das Studium integriertes, von der Hochschule geregeltes, inhaltlich bestimmtes, betreutes, mit Lehrveranstaltungen vorbereitetes und durch mindestens ein Studienfach begleitetes Praktikum, das in der Regel in einem Betrieb oder in einer anderen Einrichtung der Berufspraxis außerhalb der Hochschule abgeleistet wird. Das Grundpraktikum soll nicht in der Vorlesungszeit abgeleistet werden.

(2) Während des praktischen Studiensemesters/Grundpraktikums¹⁾ bleiben die Studierenden Mitglieder der Hochschule mit allen sich daraus ergebenden Rechten und Pflichten.

(3) Für das praktische Studiensemester/Grundpraktikum¹⁾ gelten die durch das Bayerische Staatsministerium für Wissenschaft, Forschung und Kunst sowie durch die Hochschule erlassenen Bestimmungen in ihrer jeweiligen Fassung. Dies sind insbesondere

1. die Rahmenprüfungsordnung für die Fachhochschulen in Bayern (RaPO) vom 17. Oktober 2001,

2. die Bestimmungen zum Vollzug der praktischen Studiensemester an den staatlichen Fachhochschulen in Bayern vom 20. August 2007,
3. die von der Hochschule erlassene Studien- und Prüfungsordnung für den Studiengang und der von der zuständigen Fakultät der Hochschule erlassene Ausbildungsplan (s. Anlage).

§ 2

Pflichten der Vertragspartner

(1) Die Ausbildungsstelle verpflichtet sich

1. den Studierenden/die Studierende¹⁾ in der Zeit vom _____ bis _____ (= ____ Wochen) für das praktische Studiensemester/Grundpraktikum¹⁾ des Studiengangs entsprechend dem anliegenden Ausbildungsplan und den in § 1 genannten weiteren Bestimmungen auszubilden und fachlich zu betreuen; der/die¹⁾ Studierende wird dabei insbesondere folgende Betriebsabteilungen/Arbeitsbereiche¹⁾ durchlaufen:

2. dem/der¹⁾ Studierenden die Teilnahme an den praxisbegleitenden Lehrveranstaltungen und an Prüfungen zu ermöglichen,
3. den vom/von der¹⁾ Studierenden zu erstellenden Bericht zu überprüfen und abzuzeichnen,
4. rechtzeitig ein Zeugnis auszustellen, das sich nach den jeweiligen Erfordernissen des Ausbildungsziels auf den Erfolg der Ausbildung erstreckt sowie den Zeitraum der abgeleisteten Praxis und etwaige Fehlzeiten ausweist und
5. einen Ausbildungsbeauftragten zu benennen.

(2) Der/die¹⁾ Studierende verpflichtet sich,

1. die gebotenen Ausbildungsmöglichkeiten wahrzunehmen und hierbei die tägliche Ausbildungszeit, die der üblichen Arbeitszeit der Ausbildungsstelle entspricht, einzuhalten,
2. die im Rahmen des Ausbildungsplans übertragenen Aufgaben sorgfältig auszuführen,
3. den Anordnungen der Ausbildungsstelle und der von ihr beauftragten Personen nachzukommen,
4. die für die Ausbildungsstelle gültigen Ordnungen, insbesondere Arbeitsordnungen und Unfallverhütungsvorschriften sowie Vorschriften über die Schweigepflicht, zu beachten,
5. fristgerecht einen Bericht nach Maßgabe der Festlegungen der Hochschule zu erstellen, aus dem Inhalt und Verlauf der Ausbildung ersichtlich sind und
6. der Ausbildungsstelle sein/ihr¹⁾ Fernbleiben unverzüglich anzuzeigen.

§ 3

Kosten und Vergütungsansprüche

(1) Dieser Vertrag begründet für die Ausbildungsstelle keinen Anspruch auf Erstattung von Kosten, die bei der Erfüllung dieses Vertrages entstehen. Dies gilt nicht, soweit es sich um Schadensfälle handelt, die in eine etwaige Haftpflichtversicherung des/der¹⁾ Studierenden nach § 7 Abs. 2 fallen.

(2) Der/die¹⁾ Studierende erhält eine monatliche Ausbildungsvergütung von _____ EURO.

§ 4

Ausbildungsbeauftragter/Ausbildungsbeauftragte¹⁾

Die Ausbildungsstelle benennt

Herrn/Frau¹⁾ _____

(Name, Berufsbezeichnung, Telefon, Fax, E-Mail)

als Beauftragten/Beauftragte¹⁾ für die Ausbildung des/der¹⁾ Studierenden. Der/die¹⁾ Ausbildungsbeauftragte ist zugleich Ansprechpartner des/der¹⁾ Studierenden und der Hochschule in allen Fragen, die dieses Vertragsverhältnis berühren.

§ 5

Urlaub, Unterbrechung der Ausbildung

(1) Während der Vertragsdauer steht dem/der¹⁾ Studierenden ein Erholungsurlaub nicht zu.

(2) Unterbrechungen sind grundsätzlich nachzuholen. Ist das Ausbildungsziel nicht beeinträchtigt, kann von der Nachholung von Unterbrechungen abgesehen werden, wenn der/die¹⁾ Studierende diese nicht zu vertreten hat und die durch die Unterbrechung aufgetretenen Fehltage in einem praktischen Studiensemester insgesamt

nicht mehr als fünf Arbeitstage betragen. Erstrecken sich die Unterbrechungen auf mehr als fünf Arbeitstage, so sind die Fehlarbeitstage insgesamt nachzuholen. Bei Ableistung einer Wehrübung wird von der Nachholung abgesehen, wenn diese nicht länger als zehn Arbeitstage dauert. Der/die¹⁾ Studierende muss nachweisen, dass er/sie¹⁾ die Unterbrechung nicht zu vertreten hat.

§ 6

Auflösung des Vertrages

(1) Der Ausbildungsvertrag kann nach vorheriger Anhörung der Hochschule durch einseitige schriftliche Erklärung gegenüber dem jeweils anderen Vertragspartner vorzeitig aufgelöst werden

1. aus einem wichtigen Grund ohne Einhaltung einer Frist oder
2. bei Aufgabe oder Änderung des Ausbildungszieles mit einer Frist von zwei Wochen.

(2) Die Hochschule ist vom Auflösenden unverzüglich schriftlich zu verständigen.

§ 7

Versicherungsschutz

(1) Der/die¹⁾ Studierende ist während des praktischen Studienseesters im Inland kraft Gesetzes gegen Unfall versichert (§ 2 Abs.1 Nr.1 des Siebten Buches des Sozialgesetzbuches – SGB VII). Im Versicherungsfall übermittelt die Ausbildungsstelle auch der Hochschule einen Abdruck der Unfallanzeige.

(2) Auf Verlangen der Ausbildungsstelle hat der/die¹⁾ Studierende eine der Dauer und dem Inhalt des Ausbildungsvertrages angepasste Haftpflichtversicherung abzuschließen.²⁾

(3) Für praktische Studienseester im Ausland hat der/die¹⁾ Studierende selbst für einen ausreichenden Kranken-, Unfall- und Haftpflichtversicherungsschutz Sorge zu tragen.

§ 8

Wirksamkeit des Vertrages

Die Wirksamkeit des Vertrags bedarf der vorherigen Zustimmung der Hochschule. Die Zustimmung ist durch den Studierenden/die Studierende¹⁾ einzuholen.

§ 9

Vertragsausfertigung

Dieser Vertrag wird in dreifacher Form ausgefertigt und unterzeichnet. Jeder Vertragspartner erhält eine Ausfertigung, die dritte Ausfertigung leitet der/die¹⁾ Studierende unverzüglich der Hochschule zu.

§ 10

Sonstige Vereinbarungen³⁾

Ort, Datum: _____

Ausbildungsstelle:

Unterschrift

Ort, Datum: _____

Studierender/Studierende¹⁾:

Unterschrift

Zustimmung der Hochschule:

Ort, Datum: _____

Hochschule:

Unterschrift

¹⁾ Nicht Zutreffendes bitte streichen.

²⁾ Entfällt, soweit das Haftpflichtrisiko bereits durch eine von der Ausbildungsstelle abgeschlossene Gruppenversicherung abgedeckt ist.

³⁾ Hier können z.B. Vereinbarungen über den Ersatz besonderer Aufwendungen (z.B. Haftpflichtversicherungsprämie, Fahrtkosten) getroffen werden.

2230.1.3-UK

Stärkung der Eigenverantwortung der Schulen Modellversuch „MODUS 21 Schule in Verantwortung“

Bekanntmachung des Bayerischen Staatsministeriums für Unterricht und Kultus

vom 23. August 2007 Az.: III.3-5 S 4640-6.87 891

Der Modellversuch „MODUS 21 Schule in Verantwortung“ (Bekanntmachung des Bayerischen Staatsministeriums für Unterricht und Kultus vom 3. September 2002 (KWMBI I S. 295)), an dem 44 bayerische Schulen aller Schularten teilnehmen, erprobt eine weitgehende Eigenverantwortung von Schulen aller Schularten als konsequente Fortsetzung der Inneren Schulentwicklung in Bayern. Durch die erweiterte Selbstständigkeit soll den individuellen Bedürfnissen der einzelnen Schule stärker Rechnung getragen werden.

Der Modellversuch hat bereits Ergebnisse erbracht, die an allen bayerischen Schulen umgesetzt werden können. MODUS 21 setzt wichtige Meilensteine zur stärkeren Eigen- und Ergebnisverantwortung an bayerischen Schulen.

Das Bayerische Staatsministerium für Unterricht und Kultus verlängert den Modellversuch MODUS 21 um zwei Jahre bis zum Ende des Schuljahres 2008/09.

Dr. Berggreen-Merkel
Ministerialdirigentin

KWMBI I 2007 S. 350

2230.1.1.1.1.4-UK

Zulassung von Lernmitteln

Bekanntmachung des Bayerischen Staatsministeriums für Unterricht und Kultus

vom 17. September 2007 Az.: III.4-5 S 1321.1-5.98 194

Die nachstehend aufgeführten Lernmittel werden zum Gebrauch im Unterricht an den bayerischen Schulen für die im Einzelnen angegebenen Schularten zugelassen.

Die mit ^R gekennzeichneten Werke verwenden die neue Rechtschreibung und berücksichtigen die vom Rat für deutsche Rechtschreibung vorgelegten und von der Kultusministerkonferenz Anfang März 2006 beschlossenen Änderungen.

1. Lernmittelfreie Lernmittel

Allgemein bildende Schulen

Grundschule

Mathematik

Bayerischer Schulbuch Verlag, München:

^R**Mein Mathebuch**, Ausg. Bayern, hrsg. v. Schmidt:

1: ISBN 978-3-7627-0075-3, 1. Aufl. 07, 15,90 €, ZN 162/07-V (30.07.07)

Hauptschule

Arbeit – Wirtschaft – Technik

Oldenbourg Schulbuchverlag, München:

AWT aktuell, Ausg. B:

^R**9:** v. Hlavacek u.a., ISBN 978-3-486-88209-4, 1. Aufl. 07, 15,45 €, ZN 140/07-V (16.07.07), zugel. f. d. Jgst. 9/M9

Deutsch – Kombinierte Sprach- und Lesebücher

Auer Verlag, Donauwörth:

Auer Deutschbuch, Ein kombiniertes Sprach- und Lesebuch, v. Huneke u.a.:

^R**9:** ISBN 978-3-403-04359-1, 1. Aufl. 07, 20,95 €, ZN 154/07-V (26.07.07), zugel. f. d. Jgst. 9/M9

Mathematik

Bayerischer Schulbuch Verlag, München:

Mathematik, Ausg. B, v. Brandl u.a.:

^R**Buch 9:** ISBN 978-3-7627-3479-6, 1. Aufl. 07, 17,65 €, ZN 158/07-V (13.09.07), zugel. f. d. Jgst. 9/M9

Physik / Chemie / Biologie

Schroedel Verlag, Braunschweig:

NATUR PLUS, hrsg. v. Scharf:

^R**6:** ISBN 978-3-507-76320-3, Aufl. 07/**Druck A¹**, 19,50 €, ZN 159/07-V (12.09.07)

Werken / Textiles Gestalten

Wolf im Bildungsverlag EINS, Troisdorf:

Arbeitspraxis, v. Buckel u.a.:

^R**6:** ISBN 978-3-427-32003-6, 1. Aufl. 07, 19,20 €, ZN 147/07-V (11.09.07)

Realschule

Betriebswirtschaftslehre / Rechnungswesen

Westermann Schulbuchverlag, Braunschweig:

Hinweis:

Das nachfolgend genannte Werk gilt nach § 17 Abs. 2 ZLV in seiner bezeichneten Auflage weiterhin als zugelassen:

CONTO, Realschule Bayern, v. Huber u. a.:

R8 IIIa: ISBN 978-3-14-116111-3, 1. Aufl. 04/**aktualisierter Druck 07**, 19,95 €, ZN 25/04-R6 (05.09.07), zugel. f. d. WPfIFGr. IIIa u. IIIb

Gymnasium

Chemie

Bayerischer Schulbuch Verlag, München:

Hinweis:

Das nachfolgend genannte Werk gilt nach § 17 Abs. 2 ZLV in seiner bezeichneten Auflage weiterhin als zugelassen:

GALVANI • Chemie, Ausg. B, v. Seitz:

R1: ISBN 978-3-7627-0053-1, 1. Aufl. 06/**Druck 07**, 16,80 €, ZN 170/06-G8 (12.09.07), zugel. f. d. Jgst. 8 (NTG)

Schroedel Verlag, Braunschweig:

Chemie heute, Bayern, hrsg. v. Asselborn u. a.:

R9: ISBN 978-3-507-86185-5, Aufl. 07/**Druck A2**, 15,95 €, ZN 172/07-G8 (03.08.07), zugel. an SG/MuG/WSG

Deutsch – Sprachbücher

C.C. Buchners Verlag, Bamberg:

Ganz einfach Deutsch:

RRechtschreibung und Zeichensetzung: v. Melzer, ISBN 978-3-7661-4173-6, 1. Aufl. 07, 9,90 €, ZN 161/07-G8 (01.08.07)

Französisch

Cornelsen Verlag, Berlin/München:

À plus! Grammatikheft, v. Gregor, zugel. in Französisch als **1.** und **2.** FS:

R4 cycle long: ISBN 978-3-464-22050-4, 1. Aufl. 07, 5,95 €, ZN 187/07-G8 (31.08.07), zugel. f. d. Jgst. 8 bzw. 9

À plus! Méthode intensive – Grammatikheft, zugel. in Französisch als **3.** FS:

R1: v. Gregor, ISBN 978-3-06-020331-4, 1. Aufl. 07, 6,50 €, ZN 186/07-G8 (31.08.07), zugel. f. d. Jgst. 8

Geschichte – Lehrbücher

Oldenbourg Schulbuchverlag, München:

Mosaik – Der Geschichte auf der Spur, hrsg. v. Cornelissen u. a.:

RB 9: ISBN 978-3-486-00019-1, 1. Aufl. 07, 19,80 €, ZN 141/07-G8 (13.07.07)

Mathematik

Bayerischer Schulbuch Verlag, München:

Mathematik:

R9: v. Distel/Feuerlein, ISBN 978-3-7627-0003-6, 1. Aufl. 07, 18 €, ZN 155/07-G8 (25.07.07)

Physik

Cornelsen Verlag, Berlin/München:

FOKUS Physik, Gymnasium Bayern v. Fösel u. a.:

R9: ISBN 978-3-464-085317-7, 1. Aufl. 07, 17,95 €, ZN 169/07-G8 (03.08.07)

Wirtschaft und Recht

Auer Verlag, Donauwörth:

Wirtschaft und Recht WSG-W, hrsg. v. Riedner/Steflbauer:

R1: ISBN 978-3-403-04759-9, 1. Aufl. 07, 18,90 €, ZN 174/07-G8 (07.08.07), zugel. f. d. Jgst. 8

Westermann Schulbuchverlag, Braunschweig:

Saldo – Wirtschaft und Recht, Gymnasium Bayern:

R9: v. Kalteis u. a., ISBN 978-3-14-116209-7, Aufl. 07/**Druck A1**, 18,95 €, ZN 150/07-G8 (24.07.07), zugel. f. d. Jgst. 9 an SG / NTG / MuG / WSG-S

Nicht lernmittelfreie, aber zulassungspflichtige Lernmittel

Allgemein bildende Schulen

Grundschule

Mathematik

Bayerischer Schulbuch Verlag, München:

RMein Mathebuch – Arbeitsheft, Ausg. Bayern, hrsg. v. Schmidt:

1: ISBN 978-3-7627-0076-0, 1. Aufl. 07, 7,50 €, ZN 151/07-V (25.07.07)

Realschule

Englisch

Cornelsen Verlag, Berlin/München:

Go Ahead – Workbook, Realschule Bayern, Neubearbeitung, v. Heidemeier/Zahn:

R5 mit Audio-CD: ISBN 978-3-464-20442-9, 1. Aufl. 07/**1. Druck**, 8,50 €, ZN 163/07-R6 (11.09.07); **die Zulassung bezieht sich nur auf das gedruckte Arbeitsheft**

R6 mit Audio-CD: ISBN 978-3-464-20444-3, 1. Aufl. 07/**1. Druck**, 8,50 €, ZN 87/07-R6 (25.07.07); **die Zulassung bezieht sich nur auf das gedruckte Arbeitsheft**

Die Zulassung der Unterrichtswerke tritt jeweils mit Wirkung des in Klammern angegebenen Datums in Kraft.

Erhard
Ministerialdirektor